

E-1 Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Jugend ändert Europa

1 Die Europawahl am 26. Mai wird die wichtigste in der Geschichte. Wir stehen vor
2 einer Richtungsentscheidung: kapitulieren wir vor einer globalisierten Welt und
3 setzen sich die Antidemokrat*innen, Rechten und Nationalist*innen durch oder
4 gelingt es uns, die Demokratie in ganz Europa zu retten und zu stärken? Nicht
5 nur der europaweite Rechtsruck wird, gerade durch eine engere Vernetzung von
6 verschiedenen Akteur*innen, immer mehr zur Bedrohung, sondern auch die
7 Stillstandspolitik, die einen Status Quo verteidigt, der unsere Chance auf einen
8 lebenswerten Planeten untergräbt.

9 Immer mehr Menschen setzen sich gegen diese Politik, die ihre Zukunft aufs Spiel
10 setzt, zur Wehr. Mit ihnen gemeinsam wollen wir Europa verändern. Der Wahlkampf
11 und die Europawahlen müssen Ausgangspunkt für grundlegende Verbesserungen hin zu
12 einem solidarischen, ökologischen und humanitären Europa werden. Denn Europa
13 kann mehr.

14 Dabei haben wir konkrete Ziele, die im Sinne dieser Veränderung, in den nächsten
15 5 Jahren angegangen werden müssen. Für diese Ziele gehen wir als GRÜNE JUGEND
16 nicht nur im April und Mai auf die Straße, wir werden auch die kommende Grüne
17 Europafraktion daran messen.

18 1. Wir fordern den europaweiten Kohleausstieg bis 2030 und 100 Prozent
19 Erneuerbare Energien mit der europäischen Energiewende, denn nur so können wir
20 die Pariser Klimaziele einhalten und unser Recht auf Zukunft und einen
21 lebenswerten Planeten sichern. Wir stehen für eine Europäische Klimapolitik, die
22 dem 1,5 Grad-Ziel standhält.

23 2. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben. Deswegen werden wir sichere
24 Fluchtwege nach Europa schaffen. Außerdem braucht es umfangreiche staatliche
25 Seenotrettungsprogramme sowie Rechtssicherheit für private Seenotretter*innen.

26 3. Schluss mit Generation Praktikum – wir kämpfen für ein soziales Europa und
27 Perspektiven für junge Menschen. Deshalb fordern wir eine verpflichtende

28 Bezahlung für Praktika und faire Löhne auch in Ausbildungsberufen.

29 4. Die Europäische Agrarpolitik muss endlich fördern, was Tiere, Pflanzen und
30 das Klima schützt. Wir beenden die Subventionierung der zunehmenden
31 Industrialisierung der Landwirtschaft und fördern mit den rund 50 Mrd. Euro an
32 europäischen Agrarmitteln 100% Bio. Damit reduzieren wir die Belastung der Böden
33 und des Wassers und fördern den Klima- wie auch Artenschutz in ganz Europa.

34 5. In den letzten Jahren sind in Europa wieder Zäune hochgezogen worden. Das
35 muss ein Ende haben. Die Freizügigkeit des Schengenraums ist für uns nicht
36 verhandelbar. Alle bestehenden Grenzkontrollen innerhalb der EU müssen deshalb
37 wieder abgeschafft werden.

38 6. Auch in vielen europäischen Ländern werden diverse Grund- und Menschenrechte
39 massiv verletzt. Darum muss die Schaffung eines Justizsystems durchgesetzt
40 werden, bei dem Grund- und Menschenrechte für alle einklagbar sind.

41 7. Die Folgen des Klimawandels treffen insbesondere die Menschen im sog. Globalen
42 Süden, die schon heute oft durch Überschwemmungen oder Dürren ihr zu Hause
43 verlieren. Die Europäische Union, die maßgeblich zur menschengemachten Klimakrise
44 beigetragen hat, muss hier Verantwortung übernehmen. Deshalb fordern wir einen
45 Klimapass für die Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten.

46 8. Demokratie kommt nicht ohne Transparenz aus, auf allen Ebenen. Um dem Kauf
47 von Daten vorzugreifen und gleichzeitig allen die gleichen Informationen
48 zugänglich zu machen fordern wir die Einführung eines bindenden europäischen
49 Transparenzgesetzes.

50 9. Wer in Europa unterwegs ist, merkt schnell, der öffentliche Personenverkehr
51 kann mit den Alternativen nicht konkurrieren. Das müssen wir ändern und darum
52 steht die flächendeckende Elektrifizierung der Schiene und die Angleichung der
53 Netze und Ticketsysteme ganz oben auf der verkehrspolitischen Agenda.

54 10. Frauenrechte werden europaweit in Frage gestellt und das Recht auf
55 Selbstbestimmung ist auch in Deutschland noch nicht verwirklicht. Darum brauchen
56 wir eine europaweite Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie den
57 kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für alle.

58 11. Um diese Projekte umzusetzen, müssen sie finanziert werden. Dazu brauchen
59 wir europaweit eine einheitliche Unternehmenssteuer, um den
60 Steuerunterbietungswettbewerb zu beenden und profitorientierte Unternehmen
61 ausreichend besteuern zu können.

62 12. Um Teilhabe und demokratische Mitbestimmung in der Europäischen Union zu

63 stärken, fordern wir die Absenkung des Wahlalters auf dem Weg zur Abschaffung
64 der Wahlaltershürde und aller anderen Wahlhürden.

Begründung

Erfolgt mündlich

H-1 Nachtragshaushalt 2019

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Finanzen

1 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2019/745f3162-
e6ca-4455-8155-fab0e57b5aa0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2019/745f3162-
2 e6ca-4455-8155-fab0e57b5aa0)

3 Ihr findet im Wurzelwerk (s.o.) den Nachtragshaushalt 2019.

Begründung

erfolgt mündlich

P-11 Ziele und Grundsätze unserer Bildungsarbeit

Gremium: Arbeitsgruppe Perspektiven,
Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit
Änderungen von Satzung und Statuten)

1 Als GRÜNE JUGEND stehen wir in der Konzeption und Umsetzung unserer
2 Bildungsarbeit vor großen Herausforderungen. Unsere Arbeit bewegt sich nicht im
3 luftleeren Raum ohne gesellschaftliche Hierarchien oder Einflüsse. Der sich
4 dadurch ergebende Widerspruch – dem Ziel, eine kritische Perspektive auf unsere
5 Gesellschaft unter deren Druck zu vermitteln – muss von uns reflektiert und bei
6 der Ausgestaltung unserer Arbeit berücksichtigt werden.

7 Wir stehen vor vielen gesellschaftlichen Missständen, die wir in unserer
8 Bildungsarbeit behandeln müssen: Sei es der allgemeine Rechtsruck, eine größer
9 werdende Schere zwischen Arm und Reich, der scheinbar unaufhaltsam
10 voranschreitende Klimawandel oder die Ungleichheit der Geschlechter. Wir stehen
11 vor vielen Problemen und Themen, die wir in unserer Arbeit behandeln wollen.
12 Sehr oft stehen dabei unsere Positionen in einem starken Widerspruch zum nach
13 rechts rückenden gesellschaftlichen Diskurs, was für unsere Bildungsarbeit nicht
14 folgenlos bleiben kann.

15 Dass wir wachsen, ist für unsere Bildungsarbeit, wie für vieles andere auch,
16 eine große Chance, stellt uns aber auch vor Herausforderungen, um wirklich alle
17 Mitglieder mit unserer Bildungsarbeit zu erreichen: Wir brauchen Formate und
18 Methoden, die viele Mitglieder ansprechen und wir müssen viele Aktive in die
19 Bildungsarbeit einbinden.

20 Wir setzen uns deshalb die folgenden Ziele für unsere Bildungsarbeit, die wir
21 weiterentwickeln werden und auf deren Basis wir die Zukunft unseres
22 Bildungsprogramms planen:

Ziele

24 Für uns als GRÜNE JUGEND ist die Bildungsarbeit ein großer Teil unserer
25 politischen Arbeit, dem wir eine hohe Bedeutung beimessen. Unser

26 Grundverständnis vom politischen Wirken der GRÜNEN JUGEND geht einher mit der
27 Notwendigkeit kritischer, politischer Bildungsarbeit. Wir wollen unser
28 Verbandsleben so gestalten, dass neue Erfahrungen zum Hinterfragen der
29 gesellschaftlichen Verhältnisse anregen.

30 Die demokratischen Prozesse innerhalb unseres Verbands werden maßgeblich von
31 unserer Bildungsarbeit und der Art und Weise, wie sie gestaltet wird,
32 beeinflusst. Dabei soll eine gesamtverbandliche Bildungsarbeit eine
33 Auseinandersetzung mit und eine Meinungsbildung zu unseren Themen ermöglichen,
34 Debatten anregen, die zur Positionierung des Verbands beitragen und darüber
35 hinaus die Gestaltung einer veränderten Gesellschaft begreifbar machen.

36 Junge Menschen sind naturgemäß nur eine begrenzte Zeit in der GRÜNEN JUGEND
37 aktiv und im Regelfall nur in dieser Zeit Teil unserer Bildungsarbeit. Die Wege,
38 die junge Menschen nach der GRÜNEN JUGEND gehen sind so vielfältig, wie die
39 Menschen und ihre Lebenshintergründe. Wir wollen junge Menschen fit machen, auch
40 über die GRÜNE JUGEND hinaus in Politik und Gesellschaft Veränderungen
41 anzustoßen. Wir wollen in unserer Bildungsarbeit sowohl methodische, als auch
42 inhaltliche Kompetenzen vermitteln, die es ermöglichen, auf eigenständig
43 gewählten Wegen unsere Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen politische Bildung
44 außerhalb von Schulen und Universitäten anbieten, die, unabhängig vom
45 persönlichen Bildungshintergrund, die nötigen Fähigkeiten dazu vermittelt.

46 **Werkzeug für politische Arbeit**

47 Das Werkzeug für politische Arbeit – im Verband und darüber hinaus – lernen wir
48 über methodische Bildung. Über das Lernen aus selbst gesammelten Erfahrungen
49 hinaus, wollen wir jungen Menschen gezielt die Möglichkeiten geben, ihr
50 Handwerkszeug selbst zusammenzustellen und zu verbessern.

51 Die methodische Ausgestaltung der Bildungsarbeit prägt zwangsläufig die
52 transportierte Verbandskultur. Sie entscheidet mit darüber, ob Veranstaltungen
53 niedrigschwellig und zugänglich gestaltet sind und möglichst vielen Mitgliedern
54 neue Erkenntnisse bringen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Verantwortlichen
55 in unserer Bildungsarbeit methodisch schulen, um ihnen die bewusste
56 Ausgestaltung der Bildungsarbeit zu ermöglichen.

57 Darüber hinaus wollen wir es allen Mitgliedern der GRÜNEN JUGEND ermöglichen,
58 sich methodische Fähigkeiten anzueignen: für die Organisation von
59 Bildungsveranstaltungen und viele andere Aktivitäten.

60 **Inhaltliche Kompetenzen**

61 Unsere Bildungsarbeit soll eine kritische Grundhaltung vermitteln, aus der

62 heraus wir unsere Gesellschaft hinterfragen können. Das bedeutet auch, dass
63 unsere Veranstaltungen nicht darauf abzielen reines Faktenwissen zu vermitteln.
64 Vielmehr wollen wir durch eine tiefgehende Gesellschaftsanalyse sowohl
65 Widersprüche erkennen, als auch Zusammenhänge sichtbar machen.

66 Neben der methodischen Kompetenzen ist auch ein inhaltliches Verständnis der
67 politischen und gesellschaftlichen Zustände eine unabdingbare Komponente auf dem
68 Weg zur Selbstermächtigung junger Menschen. Als Grundlage unserer politischen
69 Arbeit wollen wir in unserer Bildungsarbeit begreifen, dass aktuelle
70 Lebensumstände nicht gottgegeben, sondern von Menschen geschaffen und
71 dementsprechend auch veränderbar sind. Aus dieser Ermächtigung heraus wollen wir
72 die bestehenden Verhältnisse konkret kritisieren und Veränderungen einfordern.
73 Gleichzeitig wollen wir aber auch darüber hinaus denken und gemeinsam Visionen
74 und Utopien schaffen.

75 Um in den wachsenden Verband, aber auch die gesamte Gesellschaft zu wirken,
76 wollen wir auf unseren Veranstaltungen auch inhaltliche Multiplikator*innen
77 ausbilden, die unsere Debatten und Positionen weiter tragen können.

78 **Politische Bildung & Aktionismus zusammen denken**

79 Die Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND ist Teil der gesamten politischen Arbeit
80 des Verbands. Deshalb wollen wir sie nicht alleine, als abgeschlossenen Teil,
81 denken, sondern in Verbindung mit anderen Formen des politischen Aktivismus. Wir
82 wollen, dass sich unsere Bildungsarbeit mit der Arbeit junggrüner Abgeordneter
83 in Parlamenten und Aktivist*innen auf der Straße wechselseitig bereichert.

84 Die Ergebnisse unserer Bildungsarbeit wollen wir für unsere politische Strategie
85 nutzbar machen, um klarer wissen zu können: Was muss wo und wann getan werden?

86 Durch die Einordnung einer gut geplanten Bildungsarbeit in die gesamte Strategie
87 des Verbandes, können wir vielfältige und attraktive Orte der Politisierung
88 erschaffen, die junge Menschen auf unterschiedliche Weisen anspricht und auf
89 ihrem politischen Weg bereichert.

90 **Grundsätze**

91 Unsere Bildungsveranstaltungen wollen wir deshalb nach den folgenden Maßstäben
92 planen:

- 93 1. Wir wollen eine umfassende, kritische Analyse der Gesellschaft vermitteln.
- 94 2. Wir wollen ein Bewusstsein für mögliche Veränderungen der Gesellschaft

- 95 vermitteln und damit eine Grundlage für politische Aktivität schaffen.
- 96 3. Wir verfolgen daher nicht vorrangig das Ziel politisches Faktenwissen zu
97 vermitteln, sondern stellen politische Zusammenhänge und Problemlagen in
98 den Fokus.
- 99 4. Die Inhalte einer Veranstaltung sind niemals abschließend. Wir wollen
100 Inhalte und Kompetenzen vermitteln, auf Basis derer sich Teilnehmer*innen
101 selbst weiteres Wissen erarbeiten und es mit anderen Fragestellungen
102 verknüpfen können, und die zur Ermächtigung für politisches Handeln
103 beitragen.
- 104 5. Politische Bildung ist kein Produkt, das von Lehrenden hergestellt und
105 anschließend von Lernenden konsumiert wird. Unsere Bildungsarbeit ist
106 deshalb interaktiv, sie findet im Dialog statt und die Organisator*innen
107 und Teilnehmer*innen haben eine aktive Rolle. Wir wollen, dass Lernen und
108 Lehren miteinander einhergehen.
- 109 6. Wir wollen die Vielfalt unserer Mitglieder in den Bildungsveranstaltungen
110 berücksichtigen, in unserem Bildungsprogramm die persönlichen und
111 politischen Erfahrungen unserer Mitglieder als Zugang zu Themen nutzen und
112 die Möglichkeit geben, individuelle Erlebnisse in ihren politischen
113 Kontext zu setzen.
- 114 7. Wir wollen in die Breite unseres Verbandes wirken – unsere Bildungsarbeit
115 soll vielen Mitgliedern zugute kommen und nur so kann sie mit unserer
116 gemeinsamen politischen Arbeit verknüpft sein. Das setzt auch gute und
117 niedrigschwellige methodische Ausgestaltungen voraus, damit alle
118 Teilnehmer*innen etwas von einer Veranstaltung mitnehmen.

119 **Organisation / Umsetzung / Durchführung**

120 In der Organisation unserer Bildungsarbeit wollen wir vermehrt auf die Umsetzung
121 einer gesamtverbandlichen Strategie achten. Unsere Offenheit für Themen und neue
122 Perspektiven darf nicht dazu führen, dass wir den Fokus verlieren. Eine gut
123 durchdachte Bildungsarbeit kann dazu führen, dass die Teilhabe einzelner
124 Mitglieder an der inhaltlichen Ausrichtung des Verbands wächst und eine
125 Beteiligung an demokratischen Prozessen von Anfang an ermöglicht wird.

126 Um eine Bildungsstrategie für den gesamten Verband umzusetzen, braucht es eine
127 langfristige und gut durchdachte Planung. Nur so können wir ermöglichen, dass
128 alle Strukturen der GRÜNEN JUGEND sich daran beteiligen können und auch
129 Ortsgruppen mit genügend Vorlauf über die anstehenden Formate und Themen
130 informiert sind. Eine enge Zusammenarbeit mit den Landesvorständen soll dabei

131 ermöglichen, gleichzeitig auf regionale Besonderheiten einzugehen und die
132 Strategie vor Ort flexibel auszugestalten.

133 Der inhaltliche Fokus der Bildungsarbeit sowie die großen Veranstaltungen werden
134 zukünftig im Arbeitsprogramm und Haushalt festgehalten und von der
135 Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen.

Begründung

Unsere Bildungsarbeit ist eine der Hauptbestandteile unserer politischen Arbeit. Eine gesamtverbandliche Strategie soll zukünftig eine gemeinsame Ausrichtung und ein gutes Zusammenarbeiten innerhalb der GRÜNEN JUGEND sicherstellen. Um den komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und als Verband schlagkräftig zu bleiben, wollen wir auch unsere Bildungsstrategie darauf ausrichten.

Herausforderungen

Gesellschaftlich

Die gesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts erschwert uns dabei die Umsetzung linker, politischer Bildungsarbeit. Es ist schwierig, eine progressive Perspektive auf die gesellschaftlichen Zustände zu finden und zu vermitteln, wenn sich die allgemeine politische Debatte mit verschärfter Rhetorik um die immer gleichen Themen und sich selbst dreht. Für unsere Perspektiven und Themen finden wir oft wenig gesellschaftliche Akzeptanz, aber viel Kritik. Das gibt uns das Gefühl, uns und unsere Arbeit ständig verteidigen zu müssen. Es ist schwierig, linke Visionen für eine Gesellschaft zu entwickeln, die diese Arbeit nicht akzeptiert.

Die traditionellen Institutionen zur gesellschaftlichen Bildung, Schulen und Universitäten, schaffen es leider derzeit nicht, das nötige Handwerkszeug zu vermitteln, um unsere Gesellschaft kritisch zu hinterfragen und tiefer liegende Mechanismen zu verstehen. Wir müssen damit beginnen, das Verständnis von dem, was politische Bildungsarbeit sein kann, zu verändern. Eine Herausforderung besteht also darin, Bildungsarbeit grundsätzlich zu verändern und zu erweitern.

Im Verband

Auch innerhalb der GRÜNEN JUGEND entstehen immer neue Herausforderungen, mit denen sich unsere Bildungsarbeit auseinandersetzen muss, um erfolgreich zu sein.

Ein wachsender Verband ist immer Herausforderung und Chance zugleich. Im Sinne einer Bildungsarbeit, die den Verband durchdringt und Debatten um Positionen und Zukunftsentwürfe im gesamten Verband anstößt, ergibt sich die Herausforderung, möglichst viele Mitglieder mit den angebotenen Formaten und Themen zu erreichen.

Damit einhergehend treffen wir innerhalb der GRÜNEN JUGEND auch auf ganz unterschiedliches vorhandenes Wissen. Unsere Bildungs- und sonstige Verbandsarbeit haben zu verschiedenen Themen einige Expert*innen hervorgebracht. Die Herausforderung besteht darin, diese auch weiterhin für andere Themen zu begeistern und Neueinsteiger*innen den Zugang zu unseren Themen und den im Verband geführten Debatten zu ermöglichen und erleichtern. Gleichzeitig wollen wir auch den erfahrenen Mitgliedern neue Perspektiven und die Möglichkeit zur stetigen Weiterbildung bieten.

Damit unsere Bildungsarbeit langfristig interessant ist, muss sie wandelbar sein und in unterschiedlichen, attraktiven Formaten umgesetzt werden. Die ständige Entwicklung neuer Formate, ohne etablierte „best practice“-Methoden oder eine langfristige Ausrichtung der Arbeit aus dem Blick zu verlieren, ist eine Herausforderung, mit der wir uns in Zukunft noch intensiver auseinandersetzen müssen. Auch die Schwierigkeit, neu gewonnene inhaltliche Perspektiven in passende Formate der politischen Bildung zu übersetzen spielt dabei eine große Rolle.

Unser Anspruch an eine gesamtverbandliche Bildungsarbeit ist einerseits Themen und Debatten für die gesamte GRÜNE JUGEND aufzuarbeiten, um eine gemeinsame inhaltliche Ausrichtung zu erarbeiten. Dabei regionale Besonderheiten ständig im Blick zu halten und mit einzubeziehen, ist eine Herausforderung, der wir mit der richtigen Mischung aus Dezentralität und gemeinsamer Strategie begegnen wollen.

Ein ständiger Begleiter unserer Verbandsarbeit sind die knappen Ressourcen, mit denen wir haushalten. Dabei spielen selbstverständlich finanzielle Ressourcen eine große Rolle, aber auch die Kapazitäten der Verantwortlichen im Verband sowie der Angestellten auf den verschiedenen Ebenen müssen wir dabei beachten. Eine gute Verteilung unserer knappen Ressourcen kann nur durch das Verfolgen einer gemeinsamen Strategie erreicht werden.

Veranstaltungsformate

Auf der Basis unserer Herausforderungen und Ziele müssen wir an der konkreten Veränderung und Weiterentwicklung unserer Bildungsveranstaltungen arbeiten. Beschließen werden wir über die Konzepte im Rahmen des Arbeitsprogramms und des Haushalts. Ein konkreter Startpunkt für solche Überlegungen, die die abstrakteren Ziele illustrieren können, sind die folgenden Ideen für die Weiterentwicklung von Veranstaltungsformaten:

Sommerakademie

Wir wollen die Sommerakademie perspektivisch auf fünf Tage ausweiten und die Teilnehmer*innenplätze erhöhen. Durch diese Verlängerung wollen wir mehr Fokus auf Programmpunkte, die Möglichkeiten zum informellen Austausch geben, legen. Die Möglichkeiten der Sommerakademie als Ferien vom Sachzwang, uns tief mit inhaltlichen Fragen auseinanderzusetzen wollen wir so intensivieren. Gemeinsam mit den Teilnehmer*innen der Sommerakademie soll in der dazugewonnenen Zeit auch daran gearbeitet werden, wie neu Gelerntes in den Verband gespiegelt werden kann, sodass die Sommerakademie stärker in den gesamten Verband wirkt.

Themenkongress

Auf dem dreitägigen Themenkongress im Frühjahr, zu dem der jetzige Frühjahrs-Bundeskongress umgestaltet werden soll, wollen wir eine neue Verknüpfung von politischer Bildung und Diskussionsformaten ausprobieren: In intensiveren Workshops als sie es bisher auf dem Bundeskongress möglich sind, können wir uns mit dem Thema des Kongresses aus verschiedenen Perspektiven auseinandersetzen. In Diskussionsformaten – vor allem auch in kleineren Gruppen, in denen viele Teilnehmer*innen zu Wort kommen können – können wir auf dieser Grundlage an unserer Positionierung arbeiten. Auch für die inhaltliche Arbeit der Fachforen kann hier der dafür nötige Raum entstehen. Durch Austausch und Diskussion ohne eine direkt folgende Abstimmung, können wir Kontroversen vielseitig angehen und uns weiterentwickeln.

Seminare

Neben einer Intensivierung der großen Bildungsveranstaltungen wollen wir auch mit kleineren Seminaren in die Breite des Verbandes wirken. Dabei bietet es sich an, stärker mit den Landesverbänden zu kooperieren, um Seminare zu regional relevanten Themen (zu denen trotzdem alle Mitglieder des Bundesverbands eingeladen sind) organisieren zu können.

Ortsgruppen

Wir wollen die Bildungsarbeit vor Ort stärken und die Ortsgruppen deshalb besser unterstützen. Das bestehende Format, dass Referent*innen des Bundesverbands zu Ortsgruppen fahren, können wir weiterentwickeln: Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Sammlung, kann ein erprobter Veranstaltungskatalog entstehen, der es vielen Ortsgruppen ermöglicht, bei sich Veranstaltungen zu zentralen Themen der GRÜNEN JUGEND durchzuführen.

Daneben wollen wir Grundlagen für selbst organisierte Veranstaltungen schaffen: Aufbereitete Texte für eine Textdiskussion, Filme und Fragestellungen für einen Filmabend sowie mögliche Fragen und Methoden für Diskussionsabende können Ortsgruppen bei der Organisation von Veranstaltungen unterstützen. Auch wollen wir neue Möglichkeiten ausprobieren, die Ortsgruppen dezentral bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen zu begleiten und zu unterstützen.

Speziell für Ortsgruppen zugeschnittene Methodenschulungen sollen diese zusätzlich in ihrer Arbeit stärken.

Ausblick

Eine weiterentwickelte Bildungsstrategie und die Umstrukturierung unserer Bildungsarbeit kann die politische Arbeit im Verband bereichern, und hält neue Chancen für uns bereit. Die Arbeit an dieser Strategie ist hiermit noch nicht beendet, sondern wird in den nächsten Monaten – und Jahren – noch weitergehen.

Zukünftig beteiligt an der Organisation sind vielfältige Gremien und Gruppen. Die auf der Mitgliederversammlung beschlossene Strategie bietet eine allgemeine Grundlage für die Bildungsarbeit. Im jeweils beschlossenen Arbeitsprogramm hat die Mitgliederversammlung die Möglichkeit konkret an der Ausgestaltung des Jahres mitzuwirken. Der Bundesvorstand hat dann gemeinsam mit dem Bildungsteam den Arbeitsauftrag, die beschlossenen Veranstaltungen organisatorisch auszugestalten. Insbesondere in der

Organisation der Seminare soll dies in enger Zusammenarbeit mit den Landesvorständen geschehen.

Für einzelne Veranstaltungen sollen verstärkt Vorbereitungsteams gebildet werden. Hier können beispielsweise inhaltliche Expert*innen aus den Fachforen oder Mitglieder der GRÜNEN JUGEND, die gerne Erfahrung in der Organisation von Bildungsarbeit sammeln möchten, gemeinsam mit Mitgliedern aus dem Bundesvorstand und dem Bildungsteam an der Ausgestaltung arbeiten.

Zwischen dem 52. und 53. Bundeskongress kann die Strategie weiter ausgearbeitet werden. Dabei können unter anderem die Kriterien für die Auswahl eines Bildungsteams sorgfältig erarbeitet und der Mitgliederversammlung auf dem 53. Bundeskongress zur Abstimmung gestellt werden.

Auch neue Möglichkeiten zur Ortsgruppenunterstützung können in dieser Zeit ausprobiert und nach dem 53. Bundeskongress mit dem neuen Bildungsteam weiter erarbeitet werden, sodass der Veranstaltungskatalog in 2020 immer vielfältiger werden kann.

2020 bietet auch die Möglichkeit den ersten Themenkongress der GRÜNEN JUGEND zu veranstalten, auf dem die gewonnen Räume zur inhaltlichen Debatte genutzt werden können.

P-12 Unsere Geschlechterstrategie

Gremium: Arbeitsgruppe Perspektiven,
Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit
Änderungen von Satzung und Statuten)

1 **Einführung**

2 In den letzten Jahrzehnten haben sich Frauen, Inter- und Transpersonen viel
3 erkämpft. Vor hundert Jahren durften Frauen das erste Mal wählen, eine Tatsache,
4 für die viele Feministinnen zuvor jahrelang gekämpft hatten. Frauen dürfen auf
5 vielen Ebenen mitentscheiden, für politische Ämter kandidieren, selbstständig
6 einen Beruf ergreifen und scheinbar all das tun, was sie wollen. Die Situation
7 von Transpersonen hat sich in den letzten Jahren zumindest teilweise verbessert
8 und seit letztem Jahr ist klar, dass es in Pässen eine dritte Option geben muss
9 für Menschen, die inter sind. All diese Errungenschaften gehen auf mutige
10 Persönlichkeiten zurück, die nicht als Einzelkämpfer*innen, sondern gemeinsam
11 für ihr Ziele gestritten und gekämpft haben. **Wir wissen aus der Geschichte, dass**
12 **die Verhältnisse sich nicht selbst zum Tanzen bringen, sondern dass wir das**
13 **gemeinsam in die Hand nehmen müssen!**

14 **Die Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen ist mehr** 15 **als die Quote**

16 **Auch wir als Grüne Jugend sind nicht unbeeinflusst von gesellschaftlichen**
17 **Zuständen.** Menschen kommen nicht als unbeschriebene Blätter zu uns, sondern als
18 Individuen, die beispielsweise am eigenen Leib erfahren haben, was es heißt,
19 diskriminiert zu werden, weil sie nicht in ein binäres Geschlechtersystem passen
20 oder sich durch ihren Alltag im Patriarchat irgendwie durchboxen müssen. Noch
21 immer wird Mädchen beigebracht, sich zurückzuhalten, bescheiden zu sein und
22 möglichst wenig Raum einzunehmen. Sie werden dazu erzogen, zu denken, dass
23 komplizierte Sachverhalte oder Finanzen nichts für sie seien, während Jungen
24 dazu ermutigt werden, laut ihre Meinung kundzutun. In der politischen Sphäre
25 schlagen sich die gesellschaftlichen Umstände oft deutlich nieder: So sorgt der
26 Zwang der Zweigeschlechtlichkeit und die gesellschaftliche Stigmatisierung
27 beispielsweise für eine starke Unsichtbarmachung von Inter- und Transpersonen.
28 Auch Sozialisation, Erziehung sowie traditionelle Geschlechterrollen sind immer

29 noch sehr wirkmächtig und leisten gerade in der politischen Sphäre einen großen
30 Beitrag dazu, dass Frauen sich weniger zutrauen oder in geringerem Maße in
31 Parlamenten oder Vorständen vertreten sind. Auch wir als GRÜNE JUGEND sind
32 selbstverständlich kein post-patriarchaler Raum. Die Quote stellt ein wichtiges
33 Instrument dar, die Vertretung von Frauen, Inter- und Transpersonen in
34 Vorständen und Arbeitsteams zu sichern, sowie ihnen Raum in Diskussionen zu
35 ermöglichen. Belassen wir es jedoch dabei, führt es dazu, dass Frauen, Inter-
36 und Transpersonen dazu gedrängt werden, ohne genug Vorbereitung Aufgaben und
37 Positionen zu übernehmen, was oft Überforderung und Frust zur Folge hat. Mit der
38 Quote ist es noch nicht getan, denn Empowerment umfasst viel mehr!

39 Obwohl wir schon viel für konkrete Gleichstellung und die Förderung von Frauen,
40 Inter- und Transpersonen getan haben, müssen wir in unseren Arbeitsweisen und
41 Strukturen noch effektiver und zielgerichteter werden.

42 **Unsere Ziele**

43 Wir als Grüne Jugend wollen ein Verband sein, in dem sich alle, unabhängig von
44 ihrem Geschlecht und der Diskriminierung, die sie erfahren, für ihre politischen
45 Ziele und Ideale einbringen können. Deswegen müssen wir uns so aufstellen, dass
46 auch und vor allem junge Frauen und Menschen, die inter oder trans sind, sich
47 bei uns langfristig und nachhaltig engagieren können!

48 **Wir wollen die Steine, die Frauen, Inter- und Transpersonen von der Gesellschaft**
49 **in den Weg gelegt werden aus dem Weg schaffen!**

50 Dafür wollen wir **folgende Ziele** erreichen:

51 **Stetige Verbesserung durch Evaluation sicherstellen**

52 Die engagierte Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen findet bereits in
53 großen Teilen des Verbandes statt, doch noch ist unklar, welche Instrumente und
54 Maßnahmen Erfolge vorweisen und welche nicht. Wir wollen evaluieren, wie gut
55 unsere Fördermaßnahmen den Verband weiterbringen und wie gut Aktivist*innen von
56 ihnen profitieren. Dafür ist es wichtig mit Zahlen und Fakten zu arbeiten und
57 dabei beispielsweise die Mitgliederstruktur und Teilnehmer*innenzahlen beständig
58 nach Geschlechteraspekten zu untersuchen. Mithilfe einer stetigen Dokumentation
59 und Analyse wollen wir uns anschauen, welche Veranstaltungsformate sowie Themen
60 besonders ansprechend für Frauen sind, um noch mehr junge Frauen für die GRÜNE
61 JUGEND begeistern zu können. Außerdem wollen wir uns genauer anschauen, welche
62 Gremien und Teams sich wie zusammensetzen, wer sich öfter für Ämter bewirbt und
63 wie lange Aktivist*innen Mitglied der Grünen Jugend sind, bis sie sich für ein
64 Team bewerben. Im Zuge der Weiterentwicklung der Geschlechterstrategie soll auch
65 die Evaluation der FIT-Reform fortgeführt werden. Unser Ziel bleibt ein Verband,

66 in dem alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, politisch aktiv sein und
67 sich einbringen können. Dafür müssen wir unsere Maßnahmen zur Förderung von
68 aufgrund ihres Geschlechts benachteiligten Personen beständig auf ihre
69 Effektivität überprüfen und weiterdenken. Verantwortlich für die Planung sowie
70 Durchführung dieser Evaluation ist die*der Verantwortliche für die
71 Geschlechterstrategie und das Team für Geschlechterstrategie.

72 **Verantwortlichkeiten benennen, Verantwortliche schulen**

73 **I Verantwortliche*r für die Geschlechterstrategie**

74 Wie auf dem 51. Bundeskongress beschlossen, wollen wir die*den ehemalige Frauen,
75 Inter- und Transpersonen und Genderpolitische*n Sprecher*in als in den Verband
76 hinein gerichtete Rolle stärken. Er*sie hat einerseits die Aufgabe, alle
77 Akteur*innen im Verband bei der Umsetzung der Geschlechterstrategie zu
78 unterstützen und zu beraten, andererseits aber auch die Geschlechterstrategie
79 stetig weiterzuentwickeln und aktuellen Bedürfnissen im Verband anzupassen.
80 Dabei sollen die Ergebnisse der Evaluation miteinbezogen und Konzepte sowie
81 Handreichungen für Schulungen auf allen Ebenen des Verbandes erarbeitet werden.
82 In Zukunft sollen der*die Verantwortliche für die Geschlechterstrategie und das
83 Team für Geschlechterstrategie gemeinsam mit dem Bundesvorstand für die
84 Erfüllung dieser Aufgaben zuständig sein.

85 **II Breite Wissensbasis aufbauen und in den Verband** 86 **hineintragen**

87 Unser Ziel ist es, dass sich alle Verantwortlichen und alle Aktivist*innen auf
88 allen Ebenen im Verband für die Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen
89 einbringen. Uns ist jedoch auch bewusst, dass wir nicht alle immer erreichen und
90 entsprechend schulen können. Mit **Methodenschulungen** und Handreichungen wollen
91 wir deshalb die Menschen erreichen, die in Vorständen oder anderen Gremien
92 wirklich etwas für die Förderung und Einbindung von Frauen, Inter- und
93 Transpersonen bewegen können und die dafür Sorge tragen können, dass alle die
94 nötige Unterstützung für ihr Engagement erfahren. Deshalb sollen sie verstärkt
95 in die Verantwortung genommen werden, unabhängig davon, ob sie selber aufgrund
96 ihres Geschlechts diskriminiert werden oder nicht. Dabei soll auch
97 berücksichtigt werden, wie die praktischen Belange von Inter-, Trans- und Non-
98 binary-Personen bei der Veranstaltungsplanung besser miteinbezogen werden
99 können. Außerdem soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Einbindung von jungen
100 Frauen, die neu im Verband sind, gelegt werden.

101 **Organisation- und Verbandsarbeit**

102 **I Gezielte Ansprache von Frauen, Inter und Transpersonen**

103 **sicherstellen**

104 Wir wollen, dass auch in Zukunft viele Frauen, Inter- und Transpersonen sich für
105 die GRÜNE JUGEND interessieren und sich bei uns einbringen möchten. Dafür ist es
106 wichtig, dass wir uns ganz genau anschauen, welche Menschen man wie am besten
107 erreichen kann. Dabei wollen wir verstärkt darauf achten, nicht alle
108 diskriminierten Gruppen in einen Topf zu werfen und uns der Illusion hinzugeben,
109 mit einer Maßnahme allen helfen zu können. Sowohl in unserer
110 Öffentlichkeitsarbeit als auch im persönlichen Kontakt beispielsweise über
111 Ortsgruppen müssen wir auf die spezifischen Belange von Frauen sowie Inter- und
112 Transpersonen achten. Das bedeutet, Hürden in der Ansprache zu identifizieren
113 und aus dem Weg zu räumen. Im Rahmen der Evaluation wollen wir diese Hürden
114 gezielt untersuchen. Im Rahmen der Evaluation soll die*der Verantwortliche für
115 die Geschlechterstrategie in Zusammenarbeit mit dem Team für
116 Geschlechterstrategie sowie dem Bundesvorstand Strategien erarbeiten, wie wir
117 unsere Öffentlichkeitsarbeit so gestalten können, dass sich noch mehr Frauen,
118 Inter- und Transpersonen angesprochen fühlen.

119 **II Praktische Hürden für Inter- und Transpersonen abbauen**

120 Menschen die inter oder trans sind, hatten in der Vergangenheit bei unseren
121 Veranstaltungen mit einigen praktischen Hürden zu kämpfen, die es ihnen
122 teilweise erschwerten, an Bildungsveranstaltungen oder der Mitgliederversammlung
123 teilzunehmen. Die Grüne Jugend soll ein Verband sein, in dem sich alle,
124 unabhängig von ihrem Geschlecht, wohlfühlen, gleichberechtigt an Diskussionen
125 teilnehmen und gemeinsam an der Umsetzung unserer politischen Ziele beteiligen
126 können. Die Bundesgeschäftsstelle soll daher in Zukunft verstärkt darauf achten,
127 dass praktische Hürden für Inter- und Transpersonen im Rahmen der
128 Veranstaltungsplanung mitgedacht und aus dem Weg geräumt werden.

129 **III Eine offene Organisationskultur etablieren**

130 Wir wissen, dass in der Grünen Jugend verschiedene soziale Codes herrschen, die
131 Interessierte und gerade junge Frauen abschrecken, mitzumachen. Leicht kann der
132 Eindruck entstehen, „nicht genug zu wissen“ oder „sich nicht gut genug
133 auszudrücken“ für die Grüne Jugend. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass neue
134 Leute vieles, was für viele Aktive heute selbstverständlich ist, wie richtiges
135 Gendern oder bestimmte Abkürzungen zu verwenden, gar nicht wissen können. Viele
136 Interessierte zum Mitmachen begeistern, können wir aber nur, wenn wir konsequent
137 soziale Codes hinterfragen, Abkürzungen vermeiden und ein Klima schaffen, in dem
138 sich auch die willkommen fühlen, die vielleicht noch nicht wissen, warum gendern
139 sinnvoll ist. Das bedeutet nicht, dass wir nicht selber auf möglicherweise
140 diskriminierende Sprache achten, aber es bedeutet, dass wir Interessierte und
141 Leute, die neu dazukommen, gezielt unterstützen, anstatt sie wegen ihrer
142 „falschen Sprache“ auszuschließen.

143 **Konkrete Maßnahmen zur Förderung von Frauen, Inter- und**
144 **Transpersonen – Förderprogramme, die wirklich etwas bringen**

145 **I Wir wollen besser zwischen feministischer Bildungsarbeit**
146 **und Förderungsangeboten differenzieren**

147 Die GRÜNE JUGEND ist ein feministischer Verband und auch die Förderung von
148 Frauen, Inter- und Transpersonen gehört zu unseren Grundsätzen. Eine
149 Gleichsetzung von Förderungsangeboten mit der Auseinandersetzung mit
150 feministischen Themen führt jedoch dazu, dass nicht der ganze Verband, sondern
151 gerade Frauen und andere Betroffene selbst sich stark mit Sexismus oder anderen
152 Diskriminierungsformen auseinandersetzen oder Veranstaltungen zu feministischen
153 Themen bereits als Förderungsmaßnahme gelten. Hier muss stärker zwischen
154 feministischer Bildungsarbeit und Maßnahmen zur Stärkung von Frauen, Inter- und
155 Transpersonen unterschieden werden, denn Bildungsangebote zu feministischer
156 Politik und Gesellschaftsanalyse sollen von allen Aktiven wahrgenommen werden
157 können, damit feministisches Engagement nicht nur Aufgabe der Betroffenen
158 bleibt! Dabei gilt es die Themensetzung von Veranstaltungen auch anhand der
159 jeweiligen Zielgruppe zu untersuchen.

160 **II Wir wollen evaluieren, welches Förderangebot wen**
161 **ansprechen sollte**

162 Wir wollen stärker danach differenzieren, welche Förderangebote eher Frauen
163 helfen können und welche eher Menschen, die inter oder trans sind. Wir dürfen
164 nicht ignorieren, dass Frauen, Inter- und Transpersonen verschiedene Formen und
165 Ausprägungen von Diskriminierung treffen und in sehr unterschiedlicher Anzahl im
166 Verband vertreten sind. Deswegen müssen wir genau evaluieren, in welchen Fällen
167 wer angesprochen werden sollte und für welche Veranstaltung wir wie viele
168 Finanzmittel einplanen sollten. Wir sollten uns bei jedem neu auf die Beine
169 gestellten Förderprogramm folgende Fragen stellen: Wen wollen wir mit diesem
170 Programm ansprechen? Können wir mit diesem Programm auch diese Menschen
171 erreichen? Gibt es Hürden und Barrieren, die Aktivist*innen daran hindern
172 könnten, sich für das Programm anzumelden und die aus dem Weg geräumt werden
173 sollten? Des weiteren gilt es für verschiedene Zielgruppen verschiedene,
174 angepasste Angebote zu schaffen. Dabei stehen das Ansprechen von neuen
175 Interessent*innen, das Einbinden und Halten von Aktivist*innen sowie die
176 Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen in Verantwortungspositionen im
177 Zentrum. Des weiteren gilt es die Diversität von Lebenswelten zu beachten und
178 miteinzubeziehen, wie beispielsweise die Erfahrungen von Frauen mit
179 verschiedenen sozialen Hintergründe oder die Erfahrungen von Women of Color.
180 Der*die Verantwortliche für die Umsetzung der Geschlechterstrategie soll auf
181 Grundlage dieser Fragen und in Zusammenarbeit mit seinem*ihrem Team und dem
182 Bundesvorstand bis zum 54. Bundeskongress einige Veranstaltungsformate
183 ausarbeiten und erproben.

184 **III Wir wollen Förderprogramme entwickeln und ausbauen, die**
185 **Frauen auf Verantwortungspositionen vorbereiten und sie in**
186 **ihrer Arbeit bestärken**

187 Mit unserer Förderung wollen wir uns nicht auf die Themen beschränken, die als
188 „klassische Frauenthemen“ gesehen werden. Wir wollen verstärkt Förderangebote
189 machen, bei denen die Fähigkeiten gestärkt werden, die Frauen von der
190 Gesellschaft oft abgesprochen werden und damit verhindern, dass Frauen meistens
191 die „Kümmerer-Rolle“ übernehmen, während Männer sich beispielsweise mit
192 Theoriearbeit auseinandersetzen. Frauen, die sich in „frauenuntypischen“
193 Gebieten einbringen, können für junge und neu dazugekommene Frauen Vorbilder
194 sein und so langfristig dazu beitragen, tradierte Rollenbilder zu überwinden.
195 Veranstaltungen mit interessanten Referierenden bieten hier eine gute
196 Möglichkeit Themenfelder zu erkunden, die normalerweise männlich dominiert sind.
197 Des weiteren ist gerade die Vermittlung von methodischen Werkzeugen eine gute
198 Grundlage als Vorbereitung zur Verantwortungsübernahme im Verband und die
199 persönliche Weiterentwicklung. Mit Trainings zur Rhetorik, Projektmanagement,
200 Moderation oder ähnlichem wollen wir Frauen, Inter- und Transpersonen angelehnt
201 an ihre Talente und Vorhaben noch besser auf Positionen vorbereiten und mit
202 allem nötigen Werkzeug ausstatten.

203 **IV Wir wollen Banden bilden!**

204 Frauen in Verantwortungspositionen bekommen oft wenig Unterstützung und fühlen
205 sich deswegen häufig in ihrem Amt allein gelassen. Das führt dazu, dass viele
206 ihr Amt schnell wieder aufgeben und sich im schlimmsten Fall gar nicht mehr im
207 Verband einbringen möchten. Dem wollen wir entgegenwirken. Mit
208 Vernetzungsangeboten wollen wir die Frauen zusammenbringen, die sich gegenseitig
209 unterstützen und bestärken können. Frauen, die für sich und für andere einstehen
210 und voneinander lernen, werden dann auch in Zukunft Vorbilder für junge Frauen
211 werden, die sich verstärkt in der Grünen Jugend engagieren möchten.

212 Nicht-binäre Menschen sowie Inter- und Transpersonen haben im Verband oft wenig
213 Möglichkeiten, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Austausch- und
214 Vernetzungstreffen können zu einer Kultur im Verband beitragen, in der sich auch
215 sehr junge und neu dazugekommene Inter-, Trans- und Nicht-binäre-Personen
216 wohlfühlen. Außerdem können dadurch Vorbilder geschaffen werden, die junge und
217 neu dazugekommene Inter-, Trans- und Non-binary-Personen in ihrem Engagement
218 bestärken. Räume zur Vernetzung und zum Empowerment können beispielsweise im
219 Rahmen von Bundeskongressen geschaffen werden.

220 **Unsere Ziele und Aufgaben auf einen Blick**

221 **Evaluation und Analyse**

- 222 • Evaluation der Mitglieder- und Förderungsstruktur anhand von
223 Geschlechteraspekten mithilfe von Datenerhebungen im ganzen Verband, sowie
224 Gesprächen mit Verantwortlichen in Landesverbänden und Ortsgruppen
- 225 • Nutzung der Ergebnisse der Evaluationen zur Weiterentwicklung der
226 Strategie und Entwicklung neuer Mechanismen zur Förderung von Frauen,
227 Inter- und Transpersonen
- 228 • Entwicklung und Bereitstellung von Analyseinstrumenten für Landesverbände
229 und Ortsgruppen

230 **Verbandsarbeit und Verankerung von Verantwortlichkeiten**

- 231 • Etablierung der Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen als
232 Querschnittsthema, welches alle Bereiche und Ebenen durchleuchten muss (z.
233 B. Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsplanung, etc.)
- 234 • Beauftragung des*der Verantwortliche*n sowie dem Team für
235 Geschlechterstrategie in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand mit der
236 stetigen Evaluation sowie Verbesserung der Förderung von Frauen, Inter-
237 und Transpersonen im Verband
- 238 • Entwicklung von Strategien zur stetigen Verankerung von
239 Verantwortlichkeiten zur Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen in
240 verschiedenen Ebenen des Verbandes
- 241 • Entwicklung und Implementierung von Angeboten und Instrumenten für
242 Landesverbände und Ortsgruppen: Methodenschulungen und Leitfäden zur
243 Förderung von Frauen und Einbindung von Inter- und Transpersonen (z. B. zu
244 Veranstaltungsplanung, Sitzungsgestaltung, Organisationskultur und best-
245 practice-Tipps)
- 246 • Haushaltsplanungen unter Zuhilfenahme von Gender Budgeting durch die
247 Bundesschatzmeister*in und Landesschatzmeister*innen, um auch durch den
248 Einsatz von Finanzmitteln zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Verband
249 beizutragen
- 250 • Abbau von praktischen Hürden für Inter- und Transpersonen
- 251 • Schaffung einer offenen Organisationskultur, in der sich alle Menschen und
252 insbesondere Frauen, Inter- und Transpersonen willkommen fühlen

253 **Konkrete Maßnahmen**

- 254 • Entwicklung und Implementierung gendersensibler Instrumente und Strategien
255 in die Veranstaltungsplanung und Bildungsarbeit

- 256 • Verbesserung der Ansprache von Frauen, Inter- und Transpersonen anhand
257 unserer Öffentlichkeitsarbeit und Themensetzung bei der Bildungsarbeit
258 (Enge Zusammenarbeit mit den Sprecher*innen sowie dem Bildungsteam)

- 259 • Arbeit an Möglichkeiten zur verstärkten Teilhabe von Frauen, Inter- und
260 Transpersonen an Diskussionsräumen, Antragsausarbeitung und
261 Antragsdiskussion

- 262 • Entwicklung und Erprobung von neuen Veranstaltungsformaten zum
263 Empowerment, der Weiterbildung und zum Austausch von Frauen, Inter- und
264 Transpersonen anhand verschiedener Zielgruppen

- 265 • Ausbau von tiefergehenden Förderangeboten wie beispielsweise dem
266 Weitersteiger*innenprogramm

- 267 • Erarbeitung von Strategien für informelles sowie offizielles Mentoring von
268 Frauen für Frauen im Verband

- 269 • Initiierung von Vernetzungstreffen zwischen Frauen in
270 Verantwortungspositionen sowie zwischen Inter- und Transpersonen im
271 Verband

Begründung

Evaluation

Um diese Ziele erreichen zu können, müssen wir die bestehenden Verhältnisse im Verband genau unter die Lupe nehmen. Nur wenn wir gründlich evaluieren, an welchen Stellen im Verband Förderung sinnvoll ist, können wir zielgerichtet an einer stetigen Verbesserung der Verhältnisse arbeiten. So müssen wir uns beispielsweise anschauen, bei welchen Veranstaltungen wie viele Frauen teilnehmen oder die Veranstaltung so gestaltet sind, dass alle gleichberechtigt daran teilhaben können. Außerdem muss unsere Evaluation auch die Landesverbände und Ortsgruppen miteinbeziehen. Wenn wir wissen, was junge Frauen beispielsweise davon abhält, sich in einer Ortsgruppe zu engagieren oder zu einem Seminar auf Landes- oder Bundesebene zu fahren, können wir diese Hürden aus dem Weg räumen.

Verbesserte Verantwortlichkeiten

In der Vergangenheit war im Verband an vielen Stellen unklar, welches Gremium oder welche Person jetzt für welches Förderangebot oder für welche Maßnahme verantwortlich war. Das führte dazu, dass sich manchmal

niemand so richtig verantwortlich fühlte, wichtige Themen auf der Strecke blieben und es für viele im Verband keine richtigen Ansprechpartner*innen gab. Zudem gab es teilweise die Ansicht, dass Betroffene sich am besten selbst um bestimmte Dinge kümmern, was dazu führte, dass insbesondere Frauen nie aus der – ihnen ja bereits gesellschaftlich zugeschriebenen – Kümmerer-Rolle entkamen und sich außer in der Arbeit mit anderen von Diskriminierung Betroffenen nur schwer politisch engagieren oder sich andere Themengebiete aneignen konnten. Deswegen wollen wir die Zuständigkeiten auf Bundesebene transparenter gestalten und für klare Zuständigkeiten sorgen, dadurch, dass die*der ehemalige Frauen, Inter- und Transpersonen und Genderpolitische Sprecher*in als neue*r Verantwortliche*r für die Geschlechterstrategie eine rein nach innen gerichtete Rolle hat und mit dem Team für Geschlechterstrategie sowohl mit dem Bundesvorstand zusammenarbeitet als auch in den gesamten Verband hineinwirkt. Sie sollen beispielsweise Schulungen für Landesverbände und Ortsgruppen anbieten und darauf hinarbeiten, dass sich auf allen Ebenen des Verbandes auch Nicht-Betroffene zuständig sehen. Durch eindeutige Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen kann effizienter zusammengearbeitet werden was letztendlich am effektivsten hilft.

Verbandsklima

Wir wissen, dass die Grüne Jugend kein Raum frei von Diskriminierung ist, weil wir als Verband innerhalb einer patriarchalen Gesellschaft existieren, nicht außerhalb von ihr. Dennoch dürfen wir nie das Ziel aus den Augen verlieren, dass sich bei all unseren Veranstaltungen und Treffen auf allen Ebenen so viele Menschen wie möglich wohl fühlen können, um sich sinnvoll in die politische Debatte einzubringen. Politik gilt vielerorts immer noch als (Cis-)Männerdomäne, in der Frauen und Menschen die sich nicht in ein binäres Geschlechtersystem einordnen wollen, beigebracht wird, dass ihre Meinung weniger zählt. Um dieses Schema zu durchbrechen, wollen wir gezielt Frauen sowie Inter- und Transpersonen ansprechen und von unseren politischen Idealen überzeugen, ohne dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse von Individuen außer Acht zu lassen. Darüber hinaus wollen wir es für Frauen, Inter- und Transpersonen vereinfachen, an Veranstaltungen teilzunehmen, sich an Debatten zu beteiligen und sich in Antragsdiskussionen einzubringen. Inter- und Transpersonen haben oft mit Hürden zu kämpfen, die ihnen politisches Engagement erschweren oder gar unmöglich machen. Auch innerhalb der Grünen Jugend sind noch nicht alle Barrieren vollständig abgebaut, obwohl das an vielen Stellen leicht umsetzbar wäre und der politische Wille da ist. Indem die Bundesgeschäftsstelle verstärkt auf die Belange von Inter- und Transpersonen eingehen soll, ist die Stelle eingebunden, die ganz konkret vor Ort Veränderungen bewirken kann. Innerhalb der Grünen Jugend herrscht teilweise eine Stimmung, die Interessierte und neue Mitglieder abschrecken kann. Durch soziale Codes wie beispielsweise die Verwendung von vielen Abkürzungen und bestimmten Wörtern entsteht das Gefühl, nicht richtig dazuzugehören, was gerade für junge Frauen, die die Legitimation für ihr politisches Engagement beständig hinterfragen, eine Hürde darstellt. Auch in Antragsdebatten sind Frauen häufig unterrepräsentiert; ein Missstand, der allein durch die Quote nicht zu beheben ist. Durch eine verstärkte Arbeit an Anträgen in offiziellen Rahmen, wie Gremien oder Versammlungen, in denen wir Quoten und Fördermaßnahmen haben, können wir die Beteiligung von Frauen an Antragsprozessen verbessern. In die Prozesse, wenn Einzelmitglieder Anträge schreiben, können wir aber nicht direkt eingreifen – eine Quote der Unterstützer*innen stärkt den Einfluss von Frauen beim schreiben des Antrags nicht. Um dennoch die Beteiligung von Frauen zu verbessern und damit Frauen nicht im Antragsstellungsprozess oder in der Debatte dazu genötigt werden, etwas beizutragen, nur damit Männer weiter diskutieren können, ist es notwendig, durch Förderangebote Frauen gezielt darin zu bestärken, sich in Debatten einzubringen.

Förderprogramme

In der Vergangenheit gab es im Verband viele gut gemeinte Förderungsprogramme, jedoch waren (noch) nicht alle immer auch gut gemacht. Ein Problem war teilweise, dass selten zwischen Förderungs- und Empowermentmaßnahmen auf der einen Seite und theoretischer feministischer Bildungsarbeit auf der anderen Seite unterschieden wurde. In Zukunft wollen wir hier deshalb stärker zwischen Zielgruppen, und an wen sich welches Angebot richtet, unterscheiden. Bildungsarbeit sollten alle Aktiven erfahren, Förderung brauchen vor allem bestimmte Zielgruppen. Auch wurden Förderungsprogramme meist zwar für Frauen, Inter- und Transpersonen gemeinsam angeboten, praktisch konnten sie aber nicht alle Zielgruppen gleichzeitig fördern. Hier müssen wir uns besser über die gemeinsamen, aber auch unterschiedlichen Bedürfnisse von Zielgruppen im Klaren sein und diese bei der Planung von Förderungsprogrammen und Veranstaltungen beachten. Bisher gab es wenig institutionalisierte Förderung für Frauen in Führungspositionen. Diese hing meist davon ab, ob sich Vorgänger*innen oder Personen auf anderen Ebenen persönlich dafür verantwortlich fühlten, selten war Förderung ein etablierter Standard. Unterstützung bei Antritt einer neuen Aufgabe sollte jedoch nicht vom Wohlwollen anderer Leute abhängen, sondern so institutionalisiert sein, dass junge Frauen sich sicher sein könnten, mit ihren neuen Aufgaben niemals allein gelassen zu werden. Gerade solidarischer Zusammenhalt und Vernetzung sind Aspekte, die das Engagement in der Grünen Jugend schöner machen – und die dafür sorgen können, dass Frauen, Inter- und Transpersonen Vorbilder finden, an denen sie sich orientieren können. Das Motto „Frauen, bildet Banden“ wollen wir und der Grünen Jugend mit Leben füllen und mit einer erfolgreich umgesetzten Geschlechterstrategie dazu beitragen, dass Frauen, Inter und Transpersonen genau die Unterstützung erfahren, die sie brauchen.

TO-1 Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.02.2019
Tagesordnungspunkt: Formalia
Status: Zurückgezogen

1 **Freitag**

2 TOP 1 Formalia

3 **Samstag**

4 TOP 2 Präferenzwahl

5 TOP 3 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
6 Statuten)

7 TOP 4 Nachwahl eines Mitglieds des Bundesschiedsgerichts

8 TOP 5 Jugend ändert Europa

9 **Sonntag**

10 TOP 3 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
11 Statuten) – Fortsetzung

12 TOP 6 Finanzen

13 TOP 7 Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen

14 TOP 8 Weitere Anträge zu Satzung und Statuten

15 TOP 9 Verschiedene Anträge

TO-2 Tagesordnung (aktualisiert)

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 04.04.2019

Tagesordnungspunkt: Formalia

1 **Freitag**

2 TOP 1 Formalia

3 **Samstag**

4 TOP 2 Präferenzwahl

5 TOP 3 Nachwahl eines Mitglieds des Bundesschiedsgerichts

6 TOP 4 Jugend ändert Europa

7 TOP 5 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
8 Statuten)

9 **Sonntag**

10 TOP 6 Finanzen

11 TOP 4 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
12 Statuten) – Fortsetzung

13 TOP 7 Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen

14 TOP 8 Weitere Anträge zu Satzung und Statuten

15 TOP 9 Verschiedene Anträge

V-1 Gesundheit statt Globuli!

Antragsteller*in: Landesvorstand Niedersachsen,
Landesvorstand Berlin, Marcel Duda,
Marcel Ernst, Johannes Kopton, Paul Meyer-
Dunker, Linus Jünemann, Sebastian
Hansen, Daniela Ehlers
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Homöopathie erfreut sich als „Alternativmedizin“ in Deutschland großer
2 Beliebtheit. Diese verspricht ihren Anwender*innen in der Regel eine
3 wirkungsvolle, sanfte Therapie mit wenigen Nebenwirkungen.

4 Homöopathiker*innen glauben, man könne „Gleiches mit Gleichem bekämpfen“. Das
5 bedeutet konkret, dass etwa ein Stoff, der Kopfschmerzen verursacht, in
6 kleinster Dosierung gegen Kopfschmerzen eingesetzt werden soll. Dafür wird der
7 Grundstoff stark verdünnt – die sogenannte Potenzierung. Die häufig verwendete
8 Potenzierung D-6 bedeutet beispielsweise, dass ein Teil des Grundstoffes auf
9 eine Million Teile des Verdünnungsmittels verteilt wurde. Homöopathische Mittel
10 werden so lange verdünnt, dass nicht mehr ein einziges Molekül des Grundstoffes
11 im späteren Mittel nachweisbar ist. Homöopathiker*innen behaupten aber, diese
12 seien im „Gedächtnis“ der Wassermoleküle weiter wirksam. Weder die Fähigkeit
13 eines „Gedächtnis“ der Wassermoleküle noch die generelle Wirksamkeit der
14 Homöopathika konnte jemals wissenschaftlich nachgewiesen werden.

15 Aus wissenschaftlicher Sicht handelt es sich bei den meisten Homöopathika bzw.
16 Globuli um Zuckerkügelchen oder Tropfen ohne jeglichen Wirkstoffgehalt. Das
17 größte Risiko an homöopathischer Behandlung liegt darin, dass Globuli häufig als
18 Ersatz für wirksame Therapien angewendet werden. Homöopathiker*innen preisen
19 ihre Produkte nicht selten als Möglichkeit zur Behandlung schwerster Krankheiten
20 an und gefährden damit das Leben ihrer Kund*innen. Dabei ist es besonders
21 problematisch, dass auch Ärzt*innen ihren Patient*innen zum Teil homöopathische
22 Mittel verschreiben, ohne die Patient*innen darüber aufzuklären, dass es sich
23 bei den Mitteln um Homöopathika ohne erwiesene Wirkung handelt. Auch
24 Apotheker*innen empfehlen ihren Kund*innen häufig ohne deren Wissen
25 homoöpathische Mittel. Durch diese Gleichsetzung mit Medikamenten wird
26 fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass es sich bei Homoöpathika ebenfalls
27 um wirksame Mittel handele. Da sich die Wirksamkeit von Homöopathika im Bereich
28 von Placebos bewegt, verhindert ihre unreflektierte Abgabe zudem einen ehrlichen
29 und wissenschaftlichen Umgang mit dem Placebo-Effekt.

30 Die aktuelle Vergütungspraxis homöopathischer Behandlungen überdeckt zudem
31 Schief lagen, welche in unserem Gesundheitssystem existieren. Homöopathische
32 Behandlungen werden auch deshalb gerne in Anspruch genommen, da sich
33 entsprechend tätige Ärzt*innen häufig mehr Zeit für einzelne Patient*innen
34 nehmen können als wissenschaftlich orientierte Ärzt*innen. Anstatt viel Geld für
35 Homöopathie auszugeben, sollten sich die Krankenkassen für die Förderung der
36 sprechenden Medizin im Rahmen der Vergütungsstruktur einsetzen.

37 Ein Argumentationsmuster vieler Homöopathiker*innen, mit dem sie Kund*innen für
38 ihre Methoden gewinnen wollen, ist die Diskreditierung von „Schulmedizin“.
39 Einzelpersonen und der gesamten Pharmaindustrie wird unterstellt, dass sie die
40 Wirkung von Globuli vor der Öffentlichkeit verbergen, um weiterhin Profite mit
41 „Schulmedizin“ zu machen. Das ist einerseits grotesk, da homöopathische Mittel
42 und Behandlungen häufig teurer sind als wirksame Medizin. Allein die Deutsche-
43 Homöopathie-Union macht jährlich einen Umsatz von über 100 Millionen Euro.
44 Andererseits hat die Homöopathie hier große Schnittpunkte mit Esoterik,
45 Anthroposophie und anderen pseudowissenschaftlichen oder kultischen Bewegungen,
46 bis hin zu antisemitischen Argumentationsmustern.

47 Das wollen wir unter keinen Umständen mitfinanzieren. Homöopathie und andere
48 Formen pseudowissenschaftlicher Medizin genießen in Deutschland eine
49 Sonderstellung. Sie werden von vielen Kassen erstattet und dürfen Behauptungen
50 zu ihrer Wirksamkeit abgeben, ohne Beweise dafür zu erbringen. Dem stellen wir
51 uns als GRÜNE JUGEND klar entgegen. Für uns muss Medizin eine wissenschaftliche
52 Basis haben.

53 ***Wir fordern deshalb :***

54 – Keine Erstattung nicht-evidenzbasierter Behandlungsmethoden durch
55 Krankenkassen

56 – Keine Sonderstellung für Homöopathika: Zulassung neuer Medikamente nur auf
57 wissenschaftlicher Basis

58 – Behauptungen zur Wirksamkeit von Medikamenten müssen wissenschaftlichen
59 Standards entsprechen und überprüft werden

60 - Klare Deklaration der Inhaltsstoffe homöopathischer Mittel und ihrer
61 Konzentration

62 - Kein Verkauf und Verschreiben homöopathischer Mittel ohne Aufklärung der
63 Patient*innen über die nicht-nachweisbare Wirksamkeit

64 - Erhöhte Aufklärung über Grundlagen medizinischer Forschung und

65 pseudowissenschaftlicher Behandlungen

66 - Bessere Vergütung sprechender Medizin in der (haus-)ärztlichen Versorgung

67 - Förderung der Forschung über einen ethischen Einsatz von Placebos in der
68 medizinischen Praxis

69 Denn nur so kann echter Patient*innenschutz aussehen!

Begründung

erfolgt mündlich

V-2 2038 ist kein Konsens!

Gremium: Landesvorstand Brandenburg,
Landesvorstand NRW, Landesvorstand
Sachsen, Fachforum Ökologie, Anna Peters
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Die Kohlekommission wurde Mitte 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um die
2 Frage zu klären, ob und wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Im
3 Januar 2019 wurde beschlossen: 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung.
4 Das ist uns entschieden zu spät. Nicht die Menschen, die in der Kommission
5 saßen, müssen die Konsequenzen noch in 50 Jahren ausbaden, sondern wir, die
6 junge Generation und jene, die schon jetzt die Folgen der Klimakrise spüren.
7 Deswegen stehen wir Seite an Seite auch mit der "Fridays for future"-Bewegung
8 und kämpfen gemeinsam für einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 in
9 Deutschland und 2030 in ganz Europa. Es geht uns um Gerechtigkeit - zwischen
10 Generationen aber auch schon heute global.

11 Doch auch der Fakt, dass die Bundesregierung nicht den politischen Mut hat,
12 diese Entscheidung alleine zu fällen, ist an sich schon eine Farce. So hat sie
13 die Kommission eingesetzt, um den beschlossenen Bericht im Nachhinein als
14 Konsens aller Beteiligten (also sowohl Energiekonzerne als auch Klimabewegung)
15 zu verkaufen - es waren aber weder Vertreter*innen der parlamentarischen
16 Opposition oder zukünftiger Generationen in der Kommission vertreten. Mit der
17 Kohlekommission, der durch Scheuer eingeschränkten Verkehrskommission und der von
18 Seehofer noch nicht einmal eingesetzten Gebäudekommission macht diese Auslagerung von
19 Entscheidungen gerade in der Klima- und Umweltpolitik Schule. Zusammensetzungen
20 wie in der Kohlekommission verhindern, dass Opposition und NGOs ihre Rolle als
21 Impulsgeber*innen für progressive Politik ausüben können. Wir kritisieren, dass
22 derartige Modelle in unzureichender Besetzung genutzt werden, um
23 gesamtgesellschaftliche Konflikte zu befrieden und politische Parteien
24 versuchen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

Der Kohlekompromiss ist fatal fürs Klima!

26 Der Abschlussbericht der Kohlekommission sieht nun also einen Ausstieg aus der
27 Kohle bis spätestens 2038 vor. Ebenfalls wird erwähnt, dass ein Ausstieg
28 allerfrühestens 2035 stattfinden kann.

29 Es wird also versucht, eine "Mindeshaltbarkeit" des dreckigsten Energieträger
30 festzulegen - ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen und jener, die schon
31 jetzt unter den Folgen der Klimakrise leiden. In den Jahren 2023, 2026 und 2029
32 sollen sogenannte „Bewertungen der Situation“ stattfinden. Diese Bewertungen
33 sollen überprüfen, ob die Maßnahmen mit Bezug auf Versorgungssicherheit,
34 Strompreisniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und
35 Strukturentwicklung übereinstimmen und ob das Ausstiegsdatum noch eingehalten
36 werden kann. Es wird in der Logik der Kohlekommission keinen schnelleren
37 Ausstieg als 2035 geben und auch ein Anheben der Erneuerbaren-Ziele ist demnach
38 nicht möglich. Es gibt außerdem keine Möglichkeit den Ausstieg ambitionierter
39 durchzuführen, selbst dann nicht, wenn die Bundesregierung sich dazu
40 international verpflichtet. Im europaweiten Vergleich sind Deutschlands
41 Ausstiegspläne verspätet und verfehlt. Bis 2030 wollen Finnland, Portugal und
42 die Niederlande die Kohleverstromung einstellen, Italien, Großbritannien und
43 Österreich bis 2025 und in Schweden und Frankreich sollen schon 2022 die letzten
44 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Deutschland muss als zentraler Akteur und
45 Wirtschaftsmacht Verantwortung übernehmen und innovativ handeln!

46 Viele verschiedene wissenschaftliche Szenarien belegen, dass nur ein
47 Kohleausstieg bis allerspätestens 2030 dazu führt, dass die 1,5-Grad-Grenze
48 eingehalten werden kann.

49 Ein Verfehlen dieses Ziels würde bedeuten, dass sogenannte „Kipppunkte“ erreicht
50 werden, die dazu führen, dass irreversible Schäden entstehen (wie z.B. das
51 bereits beginnende Sterben vieler Korallenriffe, die Meeresströmungen würden
52 sich weiter verändern und vieles mehr).

53 Die Grüne Jugend setzt sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2025 ein, da
54 vor allem die Energiewirtschaft der Bereich ist, der am schnellsten
55 transformiert werden kann. Hier sind die Alternativen wie Wind und Sonne bereits
56 preiswert und neue Speichertechnologien erleben gerade den Durchbruch.

57 Eine entsprechende Gestaltung politischer Rahmenbedingungen kann zudem eine
58 Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiegewinnung- und versorgung
59 ermöglichen. Die Probleme bei der "Stromwende" wie schleppender Netzausbau oder
60 hohe Kosten sind nicht technisch, sondern rein politisch verursacht.

61 **Alle Dörfer und Wälder bleiben...**

62 **...in Brandenburg**

63 Im Abschlussbericht der Kohlekommission wird weder der Erhalt des
64 brandenburgischen Dorfes Proschim angekündigt, noch dem möglichen neuen Tagebau
65 Welzow Süd II eine Absage erteilt. Wir werten dies als ein klimapolitisches
66

67 Armutszeugnis und zudem als eine künstliche Verschärfung der Unsicherheit für
68 Anwohner*innen und Unternehmen, die den Strukturwandel massiv erschwert. Die
69 Landesregierung hat einst versprochen, dass Horno das letzte Dorf gewesen sein
70 soll, das der Braunkohle in Brandenburg weicht. Wir fordern sie auf, sich an
71 dieses Versprechen zu halten. Hannelore Wodtke, die in der Kohlekommission die
72 vielen Anwohner*innen vertrat, die sich eine grüne Zukunft für die Lausitz
73 wünschen, hat als einzige gegen den finalen Kompromiss gestimmt. Sie erhält
74 unsere volle Unterstützung. Wir fordern nicht nur den Erhalt Proschims und eine
75 klare Absage an neue Tagebaue, sondern wollen auch bereits genehmigte Tagebaue
76 verkleinern – nicht nur aus klimapolitischen Gründen: Der Wald bei Taubendorf
77 wird immer weiter für den Tagebau Jänschwalde gerodet, bis die Bewohner*innen
78 Taubendorfs eines Tages direkt an der Abbaukante wohnen. Das wollen wir nicht
79 zulassen und fordern: Der bestehende Rest des Waldes, der Lebensraum, Staub- und
Lärmschutz zugleich ist, soll in Gänze erhalten werden.

80 **...in Sachsen**

81 In Sachsen sind mit Pödelwitz, Obertitz und Mühlrose gleich drei Dörfer akut
82 durch eine Abaggerung für eine Tagebauerweiterung bedroht. Der Bericht der
83 Kohlekommission gibt den Bewohner*innen aber keineswegs Sicherheit für den
84 Erhalt ihrer Orte für die Zukunft. Vielmehr bleibt der Weiterbestand der Dörfer
85 eine Hängepartie.

86 Dabei gibt es für Pödelwitz und Obertitz weder zugelassene Rahmenbetriebspläne,
87 noch einen Genehmigungsantrag dafür. Für den im Bericht der Kohlekommission
88 vorgesehenen stetigen Kohleausstieg reichen die derzeit genehmigten Tagebaue,
89 wie der Tagebau Vereinigtes Schleenhain bei Pödelwitz, bei weitem aus. Dass
90 Dörfer abgebaggert werden sollen, um darüber hinaus Kohle zu gewinnen, bleibt
91 selbst im Angesicht des beschlossenen Kohleausstiegsdatums, aber auch mit Blick
92 auf die Pariser Klimaziele, ein sinnloses Vorhaben.

93 Ein entschiedenes Bekenntnis zum Erhalt der Dörfer muss aus der Landesregierung
94 kommen. Dort stellt man sich aber auf guten Fuß mit den Energieunternehmen LEAG
95 und MIBRAG. So ist es das sächsische Wirtschaftsministerium, das die LEAG bei
96 seinen neuen Plänen unterstützt, das Dorf Mühlrose bereits ab April 2019
97 umzusiedeln - ohne ein bergrechtliches Genehmigungsverfahren für den
98 betreffenden Tagebau Nochten II abzuwarten.

99 In der Köpfen der sächsischen Landesregierung ist die Tatsache, dass das Ende
100 der Kohle auch in Sachsen eingeleitet ist, noch nicht vollends angekommen. Wir
101 fordern die Landesregierung auf, die Tatsachen der Klimakrise und die Interessen
102 der Einwohner*innen, die in den von Abaggerung bedrohten Dörfern leben, endlich
103 Ernst zu nehmen. Der Zukunftswunsch für Sachsen darf nicht sein, dass noch
104 möglichst lang Kohle abgebaut wird - sondern dass Dörfer erhalten bleiben, ein
105 Strukturwandel langfristig gelingt und Sachsen seinen Anteil zur Bekämpfung der

106 Klimakrise leistet.

107 **...in Nordrhein-Westfalen**

108 Das Ergebnis der Kohlekommission ist für die Lausitz völlig unzureichend, für
109 den Bestand des Hambacher Waldes sowie die Zukunft der verbliebenen
110 Umsiedlungsdörfer im Rheinischen Revier kann dieser Vorschlag jedoch eine Chance
111 sein. Denn für die benötigten Abbaumengen, um den Ausstiegsplan der
112 Kohlekommission umzusetzen, können der Tagebau Garzweiler 2 sowie der Tagebau
113 Hambach so verkleinert werden, dass keine weitere Waldfläche sowie keine
114 weiteren Dörfer mehr in Anspruch genommen werden müssen. Die GRÜNE JUGEND
115 fordert die Nordrhein-Westfälische Landesregierung auf, zwei neue
116 Leitentscheidungen für die Großtagebaue Hambach und Garzweiler 2 zu fällen. Die
117 Abbaugrenzen müssen dabei so gezogen werden, dass die Ortschaften Berverath,
118 Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Manheim und Morschenich sowie
119 der Hambacher Wald nicht in Anspruch genommen werden.

120 Leitentscheidungen brauchen Zeit. Deshalb dürfen jetzt von RWE keine Fakten
121 geschaffen werden. Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp aller
122 Zwangsumsiedlungen, aller Abrissarbeiten, aller Rodungen, Flächen- und
123 Naturzerstörungen in den Braunkohlerevieren. Auch darf eine Leitentscheidung für
124 den Tagebau Hambach nicht von einer Aufgabe der Besetzung des Hambacher Waldes
125 abhängig gemacht werden.

126 Der Abschlussbericht der Kohlekommission gibt der NRW-Landesregierung den klaren
127 Auftrag, einen Prozess zur Zukunft der Umsiedlungsdörfer anzustoßen. Mit den
128 Menschen vor Ort müssen Pläne für die Zukunft der Dörfer geschmiedet werden. Die
129 Lösungen für die Dörfer werden sehr individuell ausfallen. In einigen Dörfern
130 sind erst wenige Menschen umgesiedelt, in anderen lebt kaum noch ein Mensch und
131 erste Abrissarbeiten haben begonnen. Wichtig ist, dass endlich mit den
132 Bewohner*innen der Dörfer geredet wird, über ihre Köpfe hinweg wurde lange genug
133 entschieden. **Zudem braucht es Strukturhilfe für die Orte, da in diesen**
134 **jahrzehntelang kaum mehr in die Infrastruktur sowie den Erhalt der Bauwerke**
135 **investiert wurde.**

136 **Rheinland, Lausitz, und Leipziger Land können mehr als Kohle!**

137 Wir fordern einen Strukturwandel, der weiche Standortfaktoren nicht
138 vernachlässigt. Eine lebendige Vereinskultur, kulturelle Vielfalt sowie eine
139 tolerante Zivilgesellschaft sind für Kohleregionen genauso wichtig wie die
140 sogenannten harten Standortfaktoren – also unter anderem der Mobilfunkausbau und
141 eine gute Verkehrsanbindung. Funklöcher und langsames Netz darf es in ländlichen
142 Räumen nicht geben, wenn diese fit für die Zukunft sein wollen. Nicht
143 profitorientierter, staatlich koordinierter Mobilfunk- und 5G-Ausbau darf daher
144 kein Tabu sein. Die Ansiedlung von Bundesbehörden in Kohleregionen begrüßen wir,

145 dennoch können Behördenansiedlungen keine tragenden Säulen des Strukturwandels
146 sein. Was es braucht, sind Arbeitgeber*innen aus den Bereichen erneuerbare
147 Energien und nachhaltige Mobilität, worunter wir vor allem den Bahnverkehr
148 verstehen. So können zum Beispiel Bahnwerke viele Menschen einstellen, die
149 derzeit in der Braunkohle beschäftigt sind – sei es die Mechatronikerin, der
150 Informatiker, die Eisenbahnerin oder der Industriekaufmann. Die
151 Milliardenzahlungen des Bundes, die in die Kohleregionen fließen sollen, dürfen
152 unter keinen Umständen für die Rekultivierung der Tagebaulandschaften genutzt
153 werden, denn dafür sind RWE, LEAG und MIBRAG zuständig. Wir fordern die
154 Auferlegung von Sicherheitsleistungen nach Bundesberggesetz, sodass die
155 Energiekonzerne ausreichend Gelder für die Rekultivierung bereitstellen müssen.

156 **Ohne Klimaschutzgesetz geht nix!**

157 Die letzten Jahre deutscher Klimapolitik und das jetzt schon offensichtliche
158 Verfehlen des Reduktionsziels für 2020 zeigen: Zielsetzungen werden durch die
159 Große Koalition ignoriert. Deshalb braucht es ein Klimaschutzgesetz - nur so
160 kann sichergestellt werden, dass diese Zielsetzungen verbindlich und notfalls
161 auch einklagbar sind. Ein Klimaschutzgesetz sorgt nicht nur für Verbindlichkeit
162 - es stellt auch einen Hebel gegenüber mächtigen Akteur*innen wie dem fossilen
163 Sektor dar. Ebenfalls ist ein Klimaschutzgesetz daneben die notwendige
164 Konsequenz aus den Ergebnissen der Kohlekommission. Die Ergebnisse der
165 Kommission bedeuteten aber auch, dass es ein Kohleausstiegsgesetz braucht.
166 Zugleich stellt es eine Möglichkeit dar, den völlig unzureichenden Ausstiegspfad
167 nachzuschärfen. Die Trennung des Maßnahmengesetzes zum Strukturwandel vom
168 Klimaschutzgesetz kann sich hier als problematisch erweisen. Für uns muss ein
169 Gesetz zum Strukturwandel die oben genannten Leitlinien enthalten und im Kontext
170 des Klimaschutzgesetzes entwickelt werden.

171 Das durch das Bundesumweltministerium vorgeschlagene Klimaschutzgesetz ist ein
172 erster Ansatzpunkt für eine ambitionierte und verbindliche Klimaschutzpolitik in
173 Deutschland. So sollen ein nicht aufweichbarer Ausstiegspfad festgeschrieben
174 werden und Ministerien die Verantwortung für das Erreichen von jährlichen
175 Emissionsreduktionen in den entsprechenden Sektoren sicherstellen. Aus
176 Perspektive der GRÜNEN JUGEND müssen die Ausstiegspfade deutlich nachgeschärft
177 werden: Sie sind nicht mit einem Ausstiegspfad vereinbar, der ein Einhalten der
178 1,5°C-Grenzen ermöglicht.

179 Der vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich immer noch nicht am 1,5°C-Ziel,
180 sondern folgt den unzureichenden Zielsetzungen des Klimaschutzplans.

181 Darüber hinaus darf die Trennung der Sektoren durch die Verantwortung in den
182 einzelnen Ministerien nicht verhindern, dass Sektoren zusammengedacht werden.
183 Ein weiteres Element des Vorschlags ist die Zahlung von Strafen für nicht
184 erreichte Emissionsreduktionen aus den Budgets der Ministerien durch den Zukauf

185 von Emissionszertifikaten aus dem Europäischen Emissionshandel. Damit kann zwar
186 letztlich auch eine Ausweitung des Emissionshandels in Deutschland auf bisher
187 ausgeschlossene Betriebe erreicht werden - es löst aber nicht die fundamentalen
188 Probleme, vor denen der Emissionshandel selber steht und dessen mögliche
189 Integration in einen globalen Emissionshandel. Wir schließen uns daher
190 Forderungen nach der Einführung einer Steuer basierend auf dem Ausstoß der CO2-
191 Äquivalente für Unternehmen an. Der Markt bringt es nicht.

192 **Bis zum Kohleausstieg und noch viel, viel weiter!**

193 Das Ergebnis der Kohlekommission ist kein Konsens, sondern verletzt
194 Menschenrechte und ermöglicht keine lebenswerte Zukunft. Doch neben einem
195 Ausstieg aus der Kohle bis 2025 müssen auch die Folgen des Kohleabbaus sowie
196 dessen Beendigung mitgedacht werden. Allerdings reicht alleine ein Kohleausstieg
197 nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen - Mobilität und Landwirtschaft
198 sind nur zwei Aspekte, die maßgeblich zur Klimakrise beitragen. Sie sind noch
199 enger mit unserer Lebensweise [also sowohl Produktion als auch Konsum] verknüpft
200 als Kohle. Die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung werden angesichts dessen
201 intensiver werden. Ob Fridays For Future oder Ende Gelände - wir verstehen uns
202 als Teil dieser Bewegungen und zeigen uns solidarischen mit jenen Akteur*innen,
203 die Gesetze übertreten. Die symbolische Stärke der Aktionsformen können wir in
204 allen Bereichen anwenden. Deshalb solidarisieren wir uns mit Aktionen, die
205 zivilen Ungehorsam auch in die Bereiche Mobilität und Landwirtschaft tragen
206 wollen.

207 Wir stehen als GRÜNE JUGEND in der Pflicht, die Forderungen des
208 zivilgesellschaftlichen Protests in unsere Partei und in das Parlament zu
209 tragen. Wir müssen unbequem bleiben und auch innerhalb unserer eigenen Partei
210 den Druck aufbauen, konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen vorzulegen, um der
211 Klimakrise entschlossen entgegenzutreten.

V-3 Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!

Antragsteller*in: Landesvorstand Niedersachsen,
Landesvorstand Berlin, Landesvorstand
Sachsen-Anhalt, Daniela Ehlers, Sebastian
Hansen, Marcel Ernst, Paul Meyer-Dunker,
Linus Jünemann

Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gesetzte Ziel bis 2015 die Masern
2 in Europa auszurotten ist aufgrund zu geringer Impfquoten gescheitert. Statt
3 einem Rückgang der Erkrankungen gibt es einen Anstieg sowohl der
4 Erkranktenzahlen als auch der Todesfälle. Vor allem die Ballungsräume sind von
5 einem Anstieg der potentiell tödlich endenden Krankheit betroffen.

6 Impfkritik schadet Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung!

7 Eltern verweigern häufig Impfungen an sich und ihren Kindern aufgrund von
8 Unwissen, aber auch teilweise aus esoterischen, verschwörungstheoretischen oder
9 pseudowissenschaftlichen Gründen. Damit gefährden sie nicht nur die Gesundheit
10 ihrer eigenen Kinder, sondern auch die Gesundheit der Schwächsten der
11 Gesellschaft, die nicht geimpft werden können und auf hohe Impfraten und die
12 damit verbundene Herdenimmunität vertrauen müssen, etwa Menschen mit
13 Immunerkrankungen und Kinder im Säuglingsalter. Impfgegner*innen behindern so
14 die Ausrottung vieler schwerer Infektionskrankheiten wie die der Masern. Die WHO
15 hat daher mangelnde Impfbereitschaft zu einem der zehn größten globalen
16 Gesundheitsrisiken ernannt.

17 Um Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung abzubauen, muss die Aufklärung
18 über den wissenschaftlichen Stand der Nutzen und Risiken von Impfungen verstärkt
19 werden. Allein durch Aufklärung wird allerdings keine hinreichend hohe Impfquote
20 erreicht werden können, da viele Impfgegner*innen an längst widerlegte
21 unwissenschaftliche Studien glauben, wie etwa, dass Impfungen Autismus
22 verursachen, oder der falschen Überzeugung sind, dass Impfungen nicht notwendig
23 seien und nur der Pharmaindustrie nützten. Erst Anfang diesen Jahres bestätigte
24 eine ausführliche Studie mit 650.000 Kindern in Dänemark, dass die Impfungen für
25 Masern, Mumps und Röteln das Risiko für Autismus nicht erhöht.

26 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine Impfpflicht vor dem Eintritt in

27 öffentlichen Kindertagesstätten, Kindergärten oder Schulen, beziehungsweise der
28 Ausgabe von KiTa-Gutscheinen. Bei einer solchen Pflicht muss selbstverständlich
29 Rücksicht auf medizinische Ausnahmen wie Immunerkrankungen genommen werden. Eine
30 Impfpflicht stellt natürlich einen Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der
31 Eltern dar. Da aber auf der anderen Seite eine Nicht-Impfung die Gesundheit
32 sowohl der eigenen Kinder, als auch die Gesundheit derjenigen Personen, die
33 nicht geimpft werden können, gefährdet, ist eine solche Maßnahme in der Abwägung
34 gerechtfertigt.

35 Die Ständige Impfkommission (STIKO), die heute unter anderem Standardimpfungen
36 empfiehlt, soll diejenigen Krankheiten erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu
37 geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist. Um eine solche Maßnahme auch
38 effektiv umzusetzen, könnten im Falle einer nicht-vollständigen Immunisierung
39 des Kindes Geldstrafen erfolgen. Über diese Empfehlungen hat in jedem Einzelfall
40 der Bundestag als legislatives Gremium zu befinden.

41 Ein Vorbild hierfür bietet die Pockenimpfung, die bis 1975 auch in Deutschland
42 verbindlich war und dank derer die Pocken weltweit ausgerottet werden konnten.
43 In vielen Ländern existiert heute eine Impfpflicht, was zu einem deutlichen
44 Anstieg der Impfquoten geführt hat: In Australien konnte die Rate von 75% auf
45 94% erhöht werden, indem die Auszahlung staatlicher Leistungen von der Impfung
46 der Kinder abhängig gemacht wurde.

47 Wir fordern zudem eine Kostenfreiheit von allen in Europa gängigen
48 Schutzimpfungen auch für Menschen nach dem 18. Lebensjahr.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-4 Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*in: Jonas Graeber, Daniela Ehlers, Bela
Mittelstädt, Mirjam Körner
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Unsere Welt wird immer größer, bunter und vielseitiger - gleichzeitig gewinnen Diskurse über "Sicherheitsgefühl", "potenzielle Täter*innen" und "Terrorismus" stets mehr die Oberhand. Wir beobachten, wie in ganz Deutschland Polizeigesetze verschärft werden und die Debatte über sogenannte "linksradikele Gewalt" und "islamistischen Terror" an Fahrtwind gewinnt und die Gesellschaft spaltet.

Mehr Kontrolle ist nicht gleich mehr Sicherheit!

Zum bestehenden Diskurs der Härte kommt die Intensivierung von Datenspeicherung und die Idee der größtmöglichen Kontrolle des öffentlichen Lebens hinzu: Individual- und Grundrechte werden dem emotional besetzten "Sicherheitsgefühl" geopfert. Dass reale Sicherheit dabei nicht wächst, bleibt unbeachtet. So führte beispielsweise das Staatsversagen im Fall Amri nicht etwa dazu, dass endlich die lange geforderte Abschaffung des Verfassungsschutzes kommt, sondern trägt dazu bei, dass ein Generalverdacht alle migrantisch aussehenden Mitmenschen trifft und die Befugnisse der landes- und bundespolizeilichen Behörden vielfach ausgeweitet werden.

Der Wunsch nach absoluter Sicherheit ist dabei jedoch völlig illusorisch und niemals erreichbar. Allerdings beobachten wir, dass auf Basis dieses Wunsches tiefgreifende Rechtseingriffe geschehen. Mit der Konstruktion der "drohenden Gefahr" oder von "gefährlichen Plätzen und Orten" haben sich die "Sicherheitsbehörden" Instrumente geschaffen, mittels derer sie willkürlich eine Politik der Härte durchsetzen können: eine Politik, die verstärkt Menschen trifft, die ohnehin schon diskriminiert werden.

Dabei sind die realen Sicherheitsprobleme in unserer Gesellschaft durchaus vorhanden, die bisherige Innenpolitik, mit einem überforderten Innen- und Heimatminister in der Regierung, schafft es jedoch nicht, Lösungen anzubieten, die Kriminalität und Diskriminierung entgegenwirken, auch bevor diese entstehen.

Wir als GRÜNE JUGEND wollen deswegen ein solidarisches und emanzipatorisches Verständnis von Innenpolitik entwickeln, das die Kraft hat, als positive

36 Erzählung dem Diskurs der Angst und Härte entgegenzustehen und welches wir in
37 Partei und Gesellschaft tragen wollen:

38

39 **Wo wollen wir hin?**

40

41 Gerade im Diskurs der Sicherheit bleibt für uns eine freie Gesellschaft von
42 oberster Priorität. Das betrifft nicht nur Möglichkeiten der freien Bewegung,
43 Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf informationelle
44 Selbstbestimmung; sondern es soll hier auch um eine Gesellschaft gehen, die frei
45 von Angst, Armut und Diskriminierung der Utopie eines schönen Lebens für alle
46 näher kommt.

47

48 **Wie kommen wir dahin?**

49

50 Eine Neuordnung der Innenpolitik verlangt ein Neudenken in vielen Bereichen: in
51 Sachen Recht und Rechtsnormen; in Fragen der Antirassismus- und
52 Antidiskriminierungsarbeit; in Querschnittsthemen wie der Sozialpolitik; und
53 auch ganz konkret in der Betrachtung innenpolitischer Institutionen. Wir wollen
54 festlegen, wie ein Gesellschaftsbild aussehen kann, das unseren Forderungen
55 entspricht und welche Art von Innenpolitik wir bejahen.

56

57 Um diese Ansätze zu Ende denken zu können, braucht es eine tiefgreifende
58 gesellschaftliche Analyse mit dem Mut, Themen radikal und neu zu denken und sich
59 unbequemen Fragen zu stellen.

60

61 **Individuelle Freiheit bewahren!**

62

63 Innenpolitik darf niemals nur die ausführende Hand von bestehenden Rechtslagen
64 sein, sondern muss diese immer und immer wieder hinterfragen! Deswegen
65 betrachten wir im Folgenden die Rechte von Individuen und Gruppen im komplexen
66 Konfliktfeld von sicherheits- und innenpolitischen Überlegungen.

67

68 Innenpolitik sollte immer in erster Linie vom Menschen aus gedacht werden. Der
69 oberste Schutz gilt der prinzipiell immer geltenden Unschuldsvermutung der*s
70 Einzelnen. Prämisse der Innenpolitik im Sinne der GRÜNEN JUGEND muss der Schutz
71 der Grundrechte sein! Das umfasst viele juristische Fragen. Zunächst gilt das
72 Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung auch heute im
73 digitalen Zeitalter und sollte dementsprechend dringend eine Revision erfahren.
74 Wir wollen das Versprechen auf das Recht an den eigenen Daten erneuern! Eine
75 wichtige Rolle spielen hier auch die umstrittenen biometrischen Pässe. Die GRÜNE
76 JUGEND will deren Benutzung binnen EU-Gesetzen abschaffen. Wir verhindern die
77 totale Kontrollierbarkeit des Individuums!

78

79 Ebenso schützenswert ist das Post- und Fernmeldegeheimnis, auch und gerade in
80 Hinsicht auf aktuelle Entwicklungen und angesichts von "Sicherheitsbehörden",
81 die ohne vorherige Beweislast private Gespräche abhören bzw. mitlesen. Neben
82 Post und digitalem Datenverkehr muss auch die Unverletzlichkeit der Wohnung und

83 des eigenen Körpers gelten - so sollten Leibesvisitationen durch die
84 Staatsgewalt nur mit Beweislast erlaubt sein!

85

86 Schützenswert sind gesellschaftliche, ethnische, religiöse und andere
87 Minderheiten. Insbesondere nicht-weiße Menschen stehen in Deutschland noch immer
88 und manchmal auch stets mehr unter Generalverdacht. Die GRÜNE JUGEND fordert ein
89 Ende des Racial Profiling u. a. durch die Streichung des Ausdrucks "oder
90 grenzpolizeilicher Erfahrung" aus BPolG §22 (1). Innenpolitik ist immer auch
91 Asylpolitik: die GRÜNE JUGEND fordert hier eine Erneuerung des unveräußerlichen
92 Grundrechts auf Asyl, sodass das Schutzbedürfnis der Geflüchteten endlich im
93 Fokus steht!

94

95 **Aktivist*innen schützen!**

96

97 Wir als GRÜNE JUGEND wollen eine aktive Gesellschaft. Wir fördern Menschen die
98 sich politisch und gesellschaftlich engagieren, wir wollen eine freie Debatte in
99 Politik, Medien und Gesellschaft. Diese Debatte soll auch auf der Straße
100 stattfinden. Deshalb ist die nach Artikel 8 des Grundgesetzes garantierte
101 Versammlungsfreiheit von hoher Bedeutung für uns. Um diese zu schützen, fordern
102 wir einen Umbau des Versammlungsgesetzes: ein Verbot von Polizeihunden und -
103 pferden bei Großdemonstrationen, die Entkriminalisierung von Sitzblockaden, ein
104 Verbot von chemischen Reizstoffen bei Demos und ein Ende des Verbotes von
105 Vermummung und sogenannter passiver Bewaffnung!

106

107 Es kann nicht sein, dass Vermummung bei religiösen Festen oder zu anderen
108 Anlässen erlaubt ist, sie aber insbesondere Aktivist*innen auf Anti-Nazi-Demos
109 nicht schützen darf. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND die Außerkraftsetzung der
110 §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a im Versammlungsgesetz.
111 Der §114 "Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte", welcher nach den G20-
112 Protesten eingeführt wurde, soll umgehend ersatzlos gestrichen werden.

113

114 **Fragen von Staatlichkeit**

115

116 Die GRÜNE JUGEND betrachtet die sogenannte "Staatshoheit" oder "Staatsgewalt"
117 kritisch. Utopisch kämpfen wir für die Abschaffung aller Staaten und Grenzen -
118 daher kann ein Staat für uns nur eine vorübergehende Situation darstellen. Dabei
119 unterscheiden wir den Staat klar von der 'Nation', welche wir ablehnen. Wir
120 sehen Staatlichkeit selbst als ein einengendes und exkludierendes Konzept,
121 weshalb das Augenmerk jeglicher staatlicher Gewalt immer auf das Individuum und
122 benachteiligte Gruppen gelenkt werden muss. Im Kern ist Staatlichkeit für die
123 GRÜNE JUGEND ein grundlegendes Konzept der Ordnung von menschlichem Miteinander.

124

125 Damit sehen wir den Staat als eine Verwaltungseinheit, die alle schützt - kein
126 Mehrheitenrecht, sondern ein Minderheitenrecht! - und der Möglichkeiten für alle
127 Individuen schafft, ein freies und schönes Leben zu führen. Er sorgt durch
128 individuelle und informationelle Freiheit für die Basis einer demokratischen
129 Gesellschaft.

130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176

Polizeiliche Gewalt einschränken!

Für uns als GRÜNE JUGEND ist das föderale Prinzip, besonders in der Innenpolitik, bedeutend. Wegen der Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur unterstützen wir das Verorten der Polizei in erster Linie auf Landesebene. Aus den gleichen Erfahrungen heraus fordert die GRÜNE JUGEND ebenfalls: die Trennung Militär - Geheimdienst - Polizei muss aufrecht erhalten werden! Daraus ergibt sich die klare Ablehnung der aktuellen Polizeigesetzreformen, die polizeiliche Befugnisse ausweiten und ihre Ausrüstung verstärken und sie somit militarisieren. Außerdem lehnen wir diese aktuellen Entwicklungen ab, da sie mit äußerst diffusen Gefahrenbegriffen und dem Gefährder*innen-Begriff arbeiten, welche effektiv dazu führen, dass die polizeiliche Arbeit noch vor dem konkreten Verdacht stattfinden soll und sie dafür gleichzeitig mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgerüstet werden soll.

Auch verurteilt die GRÜNE JUGEND den aufgeblähten Sicherheitsapparat im Allgemeinen. Die verschiedenen Nachrichtendienste in Verbindung mit 16 Landespolizeien und 1 Bundespolizei haben überschreitende und sich gegenseitig einschränkende Kompetenzen, die klar neu sortiert werden müssen. Außerdem braucht das Parlamentarische Kontrollgremium mehr Reichweite und Kompetenzen, um diese Dienste effektiv kontrollieren und in ihre Arbeitsweise Einblick gewinnen zu können.

"Kriminalität" neu denken

Die GRÜNE JUGEND fordert eine Revision der Justiz: alte Nazi-Gesetze wie Zum Beispiel die Paragraphen 211 und 219 des Strafgesetzbuches gehören dabei abgeschafft. Im § 211, verfasst vom damaligen NS-Staatssekretär Roland Freisler, werden "Mördern" Charaktereigenschaften zugeschrieben. Die ebenfalls dort aufzufindende Trennung zwischen 'Mord', 'Totschlag' und 'besonders schwerem Totschlag' aus Nazizeiten ist nicht haltbar und muss abgeschafft werden.

Wir, die GRÜNE JUGEND, fordern, Kriminalität neu zu denken. Wir wollen eine verbandsinterne und gesellschaftliche Debatte anstoßen, die sich mit der Frage von Kriminalität, "kriminellen Eigenschaften", Schuld und insbesondere Bestrafung beschäftigt. Dabei soll der Fokus auf die Frage gelenkt werden; wie Polizei, unsere Sicherheitsarchitektur und die Mehrheitsgesellschaft Kriminalität konstruieren und das vermeintlich "Unnormale" dabei zu kriminellen Handlungen erklären.

Des Weiteren fordern wir die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten - zum Beispiel "schwarz fahren" in öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine Ordnungswidrigkeit und kein Verbrechen! Außerdem bleiben wir bei der Forderung nach einer Legalisierung aller Drogen. 'Weiche' Drogen wie Cannabis sollen damit konsumierbar werden, bei "harten" Drogen wird damit eine bessere Qualitätskontrolle und Nachvollziehbarkeit des Handels möglich.

177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223

Keine Ruhe dem Rassismus und der Menschenfeindlichkeit!

Nicht zuletzt die bekannten Mitte-Studien (zuletzt Autoritarismus-Studie) der Universität Leipzig zeigten ein ums andere Jahr: die Gesellschaft in der Bunderepublik hat ein Problem. Es manifestiert sich in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Autoritarismus und Nationalismus. Was viele Antifaschist*innen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen schon seit Jahrzehnten wissen, zeigt sich immer wieder auch in wissenschaftlich messbaren Zahlen. Die Studien ergeben seit Jahren gleichbleibend hohe Zustimmung zu autoritären, rassistischen und antisemitischen Aussagen.

Menschenfeindliche Ideologien benennen und einordnen

Dass das nicht nur die Einstellungen einer vernachlässigbaren und bemitleidenswerten Minderheit sind, oder die Verbreitung von Rassismus nur ein zweitrangiges Problem ist, zeigt die alltägliche Diskriminierung und Ausgrenzung, die etwa Migrant*innen, Muslim*innen oder Homosexuelle und Trans jeden Tag erleben müssen. Solche Einstellungen begünstigen direkt und indirekt Hetze, Pöbeleien bis hin zu körperlicher Gewalt und rechten Morden. In der gesellschaftlichen Debatte spielt diese Dimension von Ausgrenzung und Rassismus und vor allem die Grundlagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine viel zu geringe Rolle. Sowohl in der Wahrnehmung als auch in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Die gesellschaftliche Debatte beschränkt sich viel zu häufig auf die unhaltbare Extremismustheorie. Mit der Beschränkung auf die oft als gleichwertig angesehenen Phänomenbereiche "Linksextremismus", "Rechtsextremismus", "Islamismus" und "Ausländerextremismus" werden nicht nur völlig unterschiedliche Phänomene in einen Topf geworfen. Der Begriff "Extremist*in" wird des Weiteren viel zu häufig als Legitimation für Repression und Ausgrenzung radikal-emanzipatorischer Positionen genutzt. Wir als GRÜNE JUGEND lehnen diese Extremismusbegriffe ab.

Um endlich die ideologischen Grundlagen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Auslöser von Gewalt identifizieren zu können, braucht es mehr Mittel für die wissenschaftliche Untersuchung. Auf dessen Grundlage muss die Debatte endlich gestellt werden! Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung müssen benannt und als Teil der aktuellen gesellschaftlichen Verfassung anerkannt anstatt als diffuser "Extremismus" relativiert werden.

Zivilgesellschaft stärken!

Wenn heute in der Bundesrepublik rechte Gewalt und Rassismus benannt wird, sind es nie die staatlichen Behörden, die eine Debatte anstoßen oder Entwicklungen öffentlich machen. Viele antifaschistische Gruppen, Initiativen und Vereine organisieren jeden Tag Vorträge, Mahnwachen und Demonstrationen gegen

224 Naziaufmärsche oder Veranstaltungen menschenverachtender Organisationen.

225

226 Damit schaffen sie jeden Tag Freiräume für Migrant*innen und andere von
227 Ausgrenzung betroffene Bevölkerungsgruppen und machen eine Diskussion über
228 menschenfeindliche Ideologien - und was dagegen zu tun ist - erst möglich.
229 Leider haben sie oft mit vielerlei Hürden zu kämpfen. Die Sichtbarmachung von
230 alltäglicher Diskriminierung oder rechter Gewalt ist unpopulär und wird häufig
231 nicht angemessen unterstützt. Neben dem Ausbau finanzieller Ausstattung müssen
232 auch Hürden der zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Arbeit abgebaut
233 werden.

234

235 Die GRÜNE JUGEND fordert:

236 • Antifaschistische Initiativen und Gruppen müssen in der Gesellschaft gehört
237 und ernstgenommen werden. Sie sind ein Frühwarnsystem bei der Erfassung
238 gefährlicher Entwicklungen. Ein Austausch von Sicherheitsbehörden und Politik
239 muss geschaffen und institutionalisiert werden.

240 • Der Zugang zu Fördergeldern für Vereine und andere Organisationsformen muss
241 erleichtert, die abzurufenen Mittel müssen ausgebaut werden.

242 • Förderprogramme, wie das Bundesprogramm "Demokratie Leben",
243 Radikalisierungspräventions- und Austeiger*innenprogramme müssen massiv auf
244 allen politischen Ebenen ausgebaut werden.

245 • Damit Zivilgesellschaft und antifaschistische Initiativen staatliches Handeln
246 bewerten und möglichst barrierefrei an öffentliche Informationen kommen können,
247 müssen Bürger*innen die Möglichkeit haben Auskunft von staatlichen Institutionen
248 zu erhalten.

249 • Antifaschistischer Protest darf nicht weiter kriminalisiert werden. Weitere
250 Strafrechtserschärfungen lehnen wir ab.

251 • Eine Verpflichtung antifaschistischer Initiativen, sich bei Anträgen auf
252 Förderprogramme oder bei amtlichen Eintragungen zur FDGO (freiheitlich-
253 demokratischen Grundordnung) bekennen zu müssen lehnen wir ab. Damit wird ein
254 Bekenntnis zu einem diffusen und noch dazu umstrittenen Rechtsbegriff verlangt,
255 der wie die Extremismustheorie eine Gleichsetzung völlig unterschiedlicher
256 politischer Strömungen voraussetzt.

257 **Demokratiebildung stärken**

258

259 Zentrale Aufgabe von politischer Bildung ist es, die Verbreitung von
260 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Wiederholung von Verbrechen gegen

261

262 die Menschlichkeit zu verhindern und die Teilhabe an demokratischen
263 Willensbildungsprozessen zu ermöglichen. Demokratische Partizipation und damit
264 Teilhabe aller Bürger*innen an der Gesellschaft wird durch eine vielfältige
265 Medienlandschaft ermöglicht. Diese muss auch in der digitalisierten Gesellschaft
266 aktiv erhalten werden.

267

Die GRÜNE JUGEND fordert:

268 • Demokratiebildung und die kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus,
269 Rassismus und Diskriminierung als von Beginn an zentraler Bestandteil der
270 Bildungslaufbahn.

271 • Wir wollen die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung ausbauen und
272 strukturell stärken.

273 • Auch auf europäischer Ebene soll eine Institution zur Stärkung von Demokratie
274 und Grundrechten mittels politischer Bildung geschaffen werden.

275 • Staatliche Unterstützung für unabhängige Medien und Journalist*innen, welche
276 darauf angewiesen sind - Die Vielfalt der Medienlandschaft darf nicht der
277 Willkür des Marktes überlassen werden!

278 **Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden**

279

280 Rassismus, Diskriminierung und Autoritarismus sind auch und besonders ein
281 zentrales Problem deutscher Sicherheitsbehörden und -strukturen. Dies zeigt
282 sich nicht zuletzt beim Umgang staatlicher Behörden und der Politik mit
283 Rechtsterrorismus, wie etwa im Fall des NSU. Nicht nur Verfassungsschutzbehörden
284 und Polizei haben sich hier als unfähig erwiesen auf Gefahr von Rechts
285 angemessen reagieren zu können. Auch Staatsanwaltschaften, Gerichte,
286 verschiedene Medien und Politiker*innen haben vorhandene Informationen nicht
287 genutzt oder vielfach unbewusst, häufig aber auch bewusst falsch bewertet. Wie
288 etwa der Fall "Hannibal" und sein rechtsterroristisches Netzwerk zeigen, wurden
289 die nötigen Konsequenzen bis heute nicht gezogen. Aufklärung wurde immer wieder
290 aktiv verhindert.

291

292 Sicherheitsbehörden, wie die Polizei, sind schon immer ein besonderer
293 Anziehungspunkt für autoritäre Charaktere und Ideologien der Ungleichwertigkeit
294 gewesen. Dies ist im Bereich der Inneren Sicherheit besonders problematisch, da
295 Gewalt und Ausgrenzung immer zuerst marginalisierte Gruppen treffen und Behörden
296 wie Polizei oder Verfassungsschutz eine hohe Definitionshoheit über die
297 Entwicklung und Bewertung von Kriminalität besitzen. Rassismus, Hetze, Gewalt
298 von Rechts und Hasskriminalität werden nur sehr unzureichend erfasst. Das liegt
299 zum einen an der mangelnden Bereitschaft, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit
300 als solche zu benennen. Zum Anderen leiden die Kriminalstatistiken in

301 Deutschland an einigen strukturellen Problemen.

302

303 Die GRÜNE JUGEND fordert:

304 • Der kriminalpolizeiliche Meldedienst für politisch motivierte Gewalt (KPM-
305 PMK) muss reformiert werden. Rassistische und menschenverachtende
306 Tatmotivationen müssen besser berücksichtigt werden und eine nachträgliche
307 Änderung bei neuen Erkenntnissen soll erleichtert werden.

308 • Beamt*innen müssen laufend fortgebildet werden, um Hasskriminalität und die
309 ideologischen Grundlagen der Tatmotivation sicher erkennen zu können.

310 • Die Tatmotivation Hasskriminalität muss in der juristischen Aufarbeitung von
311 Straftaten eine größere Rolle spielen als heute.

312 • Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa die Amadeu Antonio
313 Stiftung, kommen bei der Zählung von rechten Morden zu völlig unterschiedlichen
314 Zahlen. Wir fordern unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, in den
315 Bundesländern und auf Bundesebene, zur Aufarbeitung und Neubewertung der Fälle,
316 die in Auftrag gegeben werden müssen.

317 • Der NSU-Komplex oder auch das Oktoberfest-Attentat sind Beispiele für rechten
318 Terror in Deutschland. Ihre Aufarbeitung geht nur schleppend voran und wird
319 immer wieder sabotiert. Wir fordern: keinen Schlusstrich und kein Ende der
320 Aufklärung! Nichts wird vergeben! - Niemand wird vergessen!

321 • Die Einrichtung und ausreichende Ausstattung von Beauftragten gegen
322 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene.

323 • Es soll flächendeckend Möglichkeiten geben, etwa antisemitische Vorfälle
324 barrierearm und anonym melden zu können. Denn eine Anzeige zu stellen ist für
325 Betroffene häufig eine große Barriere, die die Sichtbarkeit von rechten
326 Übergriffen verringert und die sich im Graubereich des Strafbaren bewegenden
327 Ausfälle gegen Minderheiten noch weiter schmälert.

328 • Rechter Terror ist eine sehr reale Bedrohung für viele Menschen in Europa. In
329 der öffentlichen Debatte spielt er jedoch nur selten eine zentrale Rolle. Das
330 muss sich ändern!

331 • Mitarbeiter*innen staatlicher Organe haben eine besonders hohe Verantwortung.
332 Menschenfeindliche Ideologie darf keine Auswirkungen auf staatliches Handeln mit
333 sich ziehen. Diskriminierungsfreiheit und Antirassismus müssen zentraler
334 Bestandteil der Ausbildung von Staatsbediensteten sein.

335 **Innenpolitik ist nicht nur Polizei und Kameras**

336

337 Wenn Sinn und Zweck der Innenpolitik ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der
338 Menschen frei von Angst leben können, müssen wir sie weiter denken, als nur die
339 Angst davor, Opfer eines Verbrechens zu werden. Angst vor Armut, Angst vor
340 Abstieg, Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung sind sehr relevante Phänomene
341 in der heutigen Gesellschaft und gleichzeitig aber auch Motoren von Unsicherheit
342 und Kriminalität.

343

344 **Innenpolitik als Querschnittsthema: Sozialpolitik**

345

346 Dabei kommt vor allem dem Feld der Sozialpolitik, neben vielen weiteren, eine
347 entscheidende Rolle zu. Denn Armut und Perspektivenmangel sind wesentliche
348 Faktoren für "klassische" Kriminalität, vor allem Raub und Diebstahl.

349

350 **Sozialpolitische Maßnahmen innenpolitisch denken**

351

352 Bisher werden sozialpolitische Maßnahmen nur als Solche gedacht. Die Ministerien
353 und oft leider auch die Abgeordneten in der Innen- und der Sozialpolitik
354 arbeiten aneinander vorbei. Daraus folgt eine unzureichende Abstimmung der
355 Maßnahmen und Verantwortungsdiffusion, insbesondere für langfristig präventive
356 sozialpolitische Maßnahmen, welche ein Kern guter Innenpolitik sein könnten.

357

358 Daher müssen sozialpolitische Maßnahmen vor allem darauf überprüft werden, ob
359 sie Menschen langfristig ein gutes Leben ermöglichen, frei von Angst und Armut,
360 dann wird auch die Kriminalitätsrate deutlich sinken.

361

362 Ein sehr gutes Beispiel ist hierfür auch die Wohnungspolitik. Die zunehmende
363 Gentrifizierung, der Bau von Sozial-Wohnungen vor allem am Stadtrand und
364 Diskriminierung bei der Wohnungssuche führen dazu, dass sich in vielen Städten
365 Viertel herausbilden, in denen Armut und Benachteiligung aufeinandertreffen und
366 es zu einem Multiplikationseffekt kommt. Dies wäre jedoch leicht zu verhindern,
367 ist aber offenbar nicht gewollt.

368

369 Als GRÜNE JUGEND fordern wir daher eine dauerhafte Institutionalisierung der
370 Zusammenarbeit des Innenministeriums mit betreffenden anderen Ministerien wie
371 dem BMAS, dem BMFSFJ und dem BMG.

372

373 Gleichzeitig muss sich auch auf parlamentarischer Ebene etwas tun, eine Enquete-
374 Kommission oder ein parlamentarischer Beirat wären hier mögliche Wege.

375

376 **Rassismus und Kapitalismus - 2 Facetten eines Problems**

377

378 Angst vor Abstieg ist ein wesentlicher Faktor für Diskriminierung und
379 Ausgrenzung, das haben uns diverse Studien immer wieder gezeigt. Soziale
380 Deprivation oder die Angst davor führen zur Verstärkung von Gruppenbildung,
381 Ausgrenzung und in Folge zu Gewalt. Unter sozialer Deprivation verstehen wir die

382 gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen, insbesondere durch systemische und
383 strukturelle Prozesse.

384

385 Innenpolitisch folgt daraus, sowohl die reale soziale Deprivation abzubauen, als
386 auch der auf Angst vor sozialer Deprivation basierenden Diskriminierung etwas
387 entgegenzusetzen.

388

389 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND

390 - Die Ausgrenzung vieler Menschen durch den Abbau staatlicher Strukturen muss
391 zurückgedreht werden. Viele Menschen werden vom Staat im Stich gelassen, weil
392 Krankenhäuser schließen und der Bus nicht mehr fährt. Diese Entwicklung müssen
393 wir umkehren und uns bewusst machen, dass dieser Abbau staatlicher Strukturen
394 dazu führt, dass sich Menschen von der Demokratie abwenden und eher dazu bereit
395 sind, die Schuld auf diskriminierte Gruppen zu schieben.

396 - Unsere Raumpolitik muss sich grundlegend ändern. Die Stadt ist nicht das
397 Ideal, an dem alles ausgerichtet wird und der Rest fällt hinten runter. Aber
398 auch in der Stadt müssen wir darauf achten, dass keine Gebiete entstehen, in
399 denen sich durch soziale Deprivation Hass und Diskriminierung multiplizieren.

400 - Aber auch die Abwertung anderer Gruppen auf Grund der Angst vor sozialer
401 Deprivation muss abgebaut werden. Dafür müssen wir raus aus der
402 Leistungsgesellschaft, insbesondere aber auch hin zur solidarischen
403 Begegnungsgesellschaft, in der Begegnungs- und Diskursräume für alle da sind um
404 gemeinsam an der solidarischen Gesellschaft zu bauen und Erfahrungen im Kontakt
405 mit vermeintlich anderen Menschen zu machen.

406 - An vielen Stellen greifen Nazis und Faschist*innen auf Basis mangelnder
407 Alternativen in Vierteln nach der Diskurshegemonie in den Stadtteilen, in dem sie
408 Jugendzentren betreiben und soziale Treffpunkte organisieren um ihre eigene
409 Ideologie zu verbreiten. Hier muss hart durchgegriffen werden. Es darf keine
410 staatlich finanzierten oder offiziell anerkannten sozialen Projekte von
411 bekannten Nazis geben.

412

413 **Berlin, wir haben ein Problem!**

414

415 Auch institutionell muss sich vieles ändern, um dem von uns angestrebten Ideal
416 einer Innenpolitik näher zu kommen. Polizei, Justiz und Behörden müssen
417 großzügig reformiert werden!

418

419 **Grundlegende Kritik der Polizei**

420

421 Eine politische Einschätzung der Polizei darf nicht bei der Betrachtung
422 konkreter Handlungsweisen Halt machen, sondern muss auch das Grundkonstrukt
423 Polizei und Staatsgewalt mit einbeziehen.

424

425 Dabei ist insbesondere der Gewaltbegriff interessant. Eine der Grundlagen des
426 modernen Staatsbegriffs ist das Gewaltmonopol. Dieses heißt im Umkehrschluss
427 aber auch, dass die Interpretation dessen, was Gefahr ist, in der Hand der
428 Polizei und des Staates und damit implizit in der Hand der Mehrheitsgesellschaft

429 liegt. Das ist vor allem für diskriminierte Gruppen ein großes Problem, das
430 institutionell so tief sitzt, dass verständlich ist, wenn bspw. PoC kein
431 Vertrauen in die Polizei und den Staat haben. In diesem Zusammenhang lehnen wir
432 das Grundkonzept der "gefährlichen Orte" ab, vor allem auch, da sie in der Regel
433 von der Polizei bestimmt werden.

434
435 Ein weiteres Grundproblem ist die Orientierung und Beurteilung polizeilicher
436 Arbeit an konkreten Messziffern. Festnahmequoten sind dafür ein besonders
437 krasses Beispiel, aber auch die Anzahl durchgeführter Kontrollen sowie weitere
438 Messziffern sind hoch problematisch. Diese Neoliberalisierung der Polizeiarbeit
439 lehnen wir entschieden ab. Polizeiliche Arbeit darf niemals an konkreten
440 Messzahlen polizeilichen Handelns sondern maximal an Zahlen der konkreten
441 Schadensfälle gemessen werden.

442
443 Außerdem besteht ein Grundproblem bei der Kontrolle der Polizei. Die
444 Verselbstständigung polizeilichen Handelns, gepaart mit einem Mangel an
445 Kontrollmechanismen führt dazu, dass viele der im Folgenden beschriebenen
446 konkreten Probleme nicht konsequent angegangen werden können. Oft gilt der
447 Grundsatz "Was in der Polizei schief läuft, regelt die Polizei intern." Ein
448 Grundsatz, der nicht nur mit demokratischen Rechtsstaatprinzipien unvereinbar
449 ist, sondern auch dazu führt, dass Polizist*innen auch für schwere Vergehen in
450 der Regel ohne größere Konsequenzen davon kommen. Darum brauchen wir in allen
451 Bundesländern und auf Bundesebene unabhängige Polizeibeauftragte mit einem
452 großen Personalstab und Ermittlungsbefugnissen, an die sich alle Menschen, auch
453 Polizist*innen bei Beschwerden wenden können. Gleichzeitig entsteht Corpsgeist
454 vor allem in abgeschlossenen Einheiten wie Einsatzhundertschaften und der
455 Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit.

456 457 **Racial Profiling und Rassismus in der Polizei**

458
459 Für viele PoC und auch für andere marginalisierte Gruppen ist Rassismus in
460 Deutschland Alltag. Insbesondere betroffen sind sie aber von polizeilichem
461 Rassismus, der sich besonders in Racial Profiling äußert. Die Kontrolle von PoC
462 an Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen und sogenannten "gefährlichen Orten" ist an
463 vielen Stellen eher die Regel als die Ausnahme. Durch die häufigere Kontrolle
464 werden bei PoC, die, bspw. in Fällen des sogenannten "Ausländerrechts" ohnehin
465 häufig schon mehr Straftaten begehen können, auch mehr Straftaten festgestellt.
466 Das führt, neben der sozialpolitischen Ausgrenzung, insbesondere von
467 Geflüchteten, zu der "Analyse", PoC würden mehr Straftaten begehen, was wiederum
468 zu mehr Kontrollen führt, usw.

469
470 Es bleibt die Frage, was dagegen getan werden kann. Einige Lösungsansätze
471 präsentieren wir oben. Wichtig ist aber auch der Einsatz der Zivilgesellschaft.
472 Wir solidarisieren uns mit Initiativen gegen rassistische und diskriminierende
473 Kontrollen und Racial Profiling und rufen dazu auf, selbst tätig zu werden und
474 einzuschreiten, wenn rassistische und diskriminierende Kontrollen durchgeführt
475 werden.

476

477 Daneben muss ein stärkerer Fokus in der Ausbildung und der Dienstaufsicht auf
478 das Bewusstsein über diskriminierende Denkmuster und Strukturen gelegt werden.

479

480 Im Übrigen bekräftigen wir unseren Beschluss vom 46. Bundeskongress mit dem
481 Titel "Strukturellen Rassismus in Polizeiarbeit und Strafrecht bekämpfen!"

482

483 **Bewaffnung und Aufrüstung der Polizei**

484

485 Viele der Waffen in den Händen der Polizei werden leichtfertig oder verfrüht
486 eingesetzt. Außerdem ist oft unklar, wann, wie und wo Waffen eingesetzt wurden.
487 Darum erneuern wir unsere Forderung nach einer grundlegenden
488 Dokumentationspflicht beim Einsatz von jeglichen Waffen.

489

490 Außerdem müssen bestimmte Waffen, die auf Grund ihres Wesens als nicht tödlich
491 angesehen werden, aber tödlich sein können, ganz aus dem Polizeiarsenal
492 verschwinden. Insbesondere sogenanntes Pfefferspray und Elektrotaser können
493 tödliche Folgen haben, die Polizist*innen beim Einsatz aber nicht abschätzen
494 können. Daher dürfen sie nicht eingesetzt werden.

495

496 Auch die Entwicklung der neuen Polizeigesetze, dass die Polizei Handgranaten,
497 auch gegen Menschen, einsetzen darf, lehnen wir entschieden ab.

498

499 Oft wird das Tragen von Waffen auch mit der Selbstverteidigung gerechtfertigt.
500 Hier müssen andere Ansätze und Lösungen gefunden werden. Den Ausbau von
501 Schutzmaßnahmen sowie die Entwicklung von Systemen, die Betroffene nicht
502 verletzen, unterstützen wir.

503

504 Den Einsatz von Bodycams lehnen wir grundsätzlich ab. Die zwei existierenden
505 Modelle setzen grundlegende Eingriffe in die Privatsphäre voraus. Es gibt ein
506 Modell, bei dem nur die*der jeweilige Polizist*in entscheiden kann, ob Aufnahmen
507 gespeichert werden, dies lehnen wir aus dem offensichtlichen Grund ab, dass
508 damit Betroffene nicht geschützt werden können. Das zweite Modell, das dauerhaft
509 aufnimmt, ist ein so grundlegender Eingriff in die Privatsphäre der
510 Aufgenommenen, dass auch dieses Modell nicht eingesetzt werden sollte. Darüber
511 hinaus ist in beiden Modellen nicht geklärt, wie die aufgenommenen Daten so
512 gesichert werden, dass sie nicht für Dritte zugänglich sind aber eben auch nicht
513 ausschließlich im Gewahrsam der Polizei aufbewahrt werden.

514 **Polizeiliche sogenannte "Präventiv"-Eingriffe**

515

516 Die massive Ausbreitung von polizeilichen Ermittlungen bereits in das Vorfeld
517 von eventuell strafrechtlich relevantem Handeln lehnen wir ab. Die Antwort auf
518 die Abschaffung von Inladsgeheimdiensten kann nicht die Übertragung der
519 Befugnisse auf die Polizei sein. Was wir bisher nicht zuletzt aus unserem
520 Rechtsverständnis abgelehnt haben, wird nicht dadurch richtiger, dass dies durch

521 die Polizei durchgeführt wird.

522

523 **Wir reformieren Justiz und Staatsanwaltschaft!**

524

525 Damit gerade von Diskriminierung betroffene Personen ein Leben frei von Angst
526 führen können müssen wir auch den Bereich der Justiz und Staatsanwaltschaft
527 beachten. Gerade beim Erkennen und Benennen von Hasskriminalität nimmt dieser
528 Bereich eine entscheidene Rolle ein. Dafür ist es nicht nur wichtig, dass es
529 auch hier Schulungen dazu gibt, sondern die Justiz insgesamt besser finanziell
530 ausgestaltet wird um die zeitlichen Kapazitäten zu schaffen, Hasskriminalität zu
531 erkennen und sich vor allem auch den Opfern von dieser ausreichend widmen zu
532 können. Darüber hinaus müssen wir gerade auch in diesen Bereichen darauf achten,
533 dass die Diversität der Gesellschaft repräsentiert ist. Eine Frau mit Kopftuch
534 ist Teil der Gesellschaft und muss daher auch selbstverständlich in einen
535 Gerichtssaal gehören. Um diese Repräsentanz gewährleisten zu können, müssen wir
536 diskriminierende Gesetze abschaffen. Auch gerichtliche Konstellationen, die von
537 vornherein diskriminierend sind, wollen wir abschaffen. Dies betrifft
538 insbesondere Asylverfahren.

539

540 **Verfassungsschutz abschaffen, ein für alle Mal**

541

542 Die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz haben nicht nur in den Fällen
543 des NSU und Anis Amri immer wieder gezeigt, dass sie nicht vor Leid und Gefahr
544 schützen, sondern oft im Gegenteil insbesondere rechte Strukturen noch
545 mitfinanzieren. Das Konzept eines Inlands-Geheimdienstes, der die Aufgabe hat,
546 das zu schützen, was Konservative als Mehrheitsgesellschaft verstehen, lehnen
547 wir in aller Deutlichkeit ab. Eine Gesellschaft, wie sie sich der
548 Verfassungsschutz als demokratiekonform vorstellt, ist eine unfreie und
549 angepasste Gesellschaft, eine Vorstellung, die wir aus radikal emanzipatorischer
550 Perspektive deutlich ablehnen.

551

552 Bis der Verfassungsschutz endlich abgeschafft ist, müssen wir aber auch damit
553 umgehen, dass er aktuell existiert. Mit diesem Beschluss schließen wir uns dem
554 der GJ Niedersachsen von 2018 an und fordern als GRÜNE JUGEND:

555 - Das Ende des V-Leute-Systems

556 - Die Auflösung der Beurteilungskriterien "linksextrem", "rechtsextrem" und
557 "Ausländerextremismus" (sic!) sowohl beim Bundesverfassungsschutz als auch in den
558 Landesverfassungsschutzämtern und beim Staatsschutz

559 - Die Überführung der parlamentarischen Kontrolle in die Öffentlichkeit

560 - Die Entbindung von Aufgaben der Bekämpfung von Spionage

561

562 **Gegen rechte Strukturen in Bundeswehr und MAD vorgehen!**

563

564 Zwei zentrale Punkte werden innenpolitisch dauerhaft in Bezug auf die Bundeswehr
565 diskutiert: Rassistische und rechtsextreme Strukturen innerhalb der Bundeswehr
566 und die Frage nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Unsere Antwort auf
567 diese Fragen ist eindeutig:

568

569 1. Rechtsextreme Strukturen wie das Netzwerk um "Hannibal" oder Franco A. wurden
570 zu lange heruntergespielt, "übersehen" oder zu Einzelfällen deklariert.
571 Rassismus und Rechtsextremismus werden aber von der autoritären Struktur der
572 Bundeswehr begünstigt, außerdem zieht sie durch diese Struktur überproportional
573 Menschen an, die autoritäre Einstellungen ohnehin schon haben. Daraus folgt
574 zweierlei: Zum Einen muss der Bundeswehr der autoritäre Charakter genommen
575 werden. Das harte Bestrafungssystem und quälende Ausbildungsmethoden dürfen
576 nicht mehr angewendet werden. Gleichzeitig müssen rechtsextreme Netzwerke von
577 Unabhängigen ohne Tabus aufgeklärt werden. Es darf nicht sein, dass
578 Rechtsextreme Zugang zu Kriegswaffen und scharfer Munition haben.

579

580 2. Bisläng darf die Bundeswehr nur im Fall von Katastrophen und bei "innerem
581 Notstand" eingesetzt werden. Einer Ausweitung dieser Befugnisse stehen wir
582 entschieden entgegen. Allerdings kritisieren wir auch die bisher bereits
583 bestehenden Rechte. Bei G20, Anti-Nazi-Demos und Kohleprotesten haben wir
584 bereits gesehen, dass vermeintlich Konservative den Traum haben, die Bundeswehr
585 gegen Aktivist*innen einzusetzen. Dies, begründet auf dem "Inneren Notstand",
586 würde bedeuten, die Axt an die Grundfesten der Demokratie zu setzen. Auch die
587 Regelung für Katastrophenfälle ist für uns kein Grund die Tür für den Einsatz
588 der Bundeswehr offen zu lassen. Die Aufgaben die dabei aktuell die Bundeswehr
589 übernimmt können durch einen zivilen Krisendienst angelehnt an das technische
590 Hilfswerk deutlich besser durchgeführt werden.

591

592 Der militärische Abschirmdienst ist, so die Selbstbeschreibung, dafür zuständig,
593 "politischen Extremismus" in der Bundeswehr frühzeitig zu erkennen und die
594 betreffenden Personen zu beobachten bzw. zu sanktionieren. Er nimmt damit also
595 de facto die Rolle des Verfassungsschutzes ein. Und analog zum Bundesamt für
596 Verfassungsschutz hat auch der MAD massive strukturelle Probleme bei der
597 Bekämpfung rechter Strukturen. Vor allem Verharmlosung und die Tendenz, von
598 Einzelfällen zu sprechen, sind die zentralen Probleme. Hinzu kommt, dass der MAD
599 fast ausschließlich aus ehemaligen Soldat*innen und Mitarbeiter*innen des
600 Verteidigungsministeriums besteht, die auf Grund ihrer vorherigen Tätigkeit
601 keinen neutralen Blick haben. Daher fordern wir, den MAD aufzulösen. Die
602 Bekämpfung menschenfeindlicher Tendenzen soll in Zukunft durch eine Kooperation
603 einer zu schaffenden Sonder-Anwalt*innenschaft, dem wissenschaftlichen Institut
604 zur Analyse diskriminierender Gewalt und menschenfeindlicher Strukturen und den
605 allgemeinen Sicherheitsbehörden erfolgen. Die restlichen Aufgaben des MAD können
606 in die allgemeine Zuständigkeit der Bundeswehr überführt werden.

607

608 **Zukunft des Bundesnachrichtendienstes**

609

610 Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist als Auslandsgeheimdienst in der Theorie
611 dafür zuständig, Gefahren von außen frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.
612 Allerdings lassen sich hierbei immer wieder strukturelle und inhaltliche
613 Probleme feststellen, die nicht zu überwinden sind.

614

615 So hat der BND in der Vergangenheit massiv Rechtsbruch begangen, bspw. durch
616 nicht rechtmäßige Datenverarbeitung und Datenweitergabe oder die Behinderung der
617 Kontrolle, das bestätigen auch Bundesdatenschutzbeauftragte. Offenbar scheint
618 der BND in den letzten Jahren den Versuch unternommen zu haben, Deutschland im
619 digitalen Zeitalter zu sichern, allerdings lässt sich relativ schnell erkennen,
620 dass er dafür a) nicht gerüstet ist und b) an der falschen Stelle ansetzt.

621
622 So muss unsere Antwort im Bereich der digitalen Sicherheit statt des massiven
623 Ausspähens und widerrechtlicher Datenweitergabe doch vor allem eine Antwort der
624 Sicherheit der Einzelnen und der Behörden vor digitalen Angriffen sein. Dafür
625 brauchen wir allerdings dringend einen deutlichen Ausbau der digitalen
626 Grundkompetenzen in der gesamten Bevölkerung. Außerdem müssen wir den Weg weg
627 von proprietärer Software, die oft Sicherheitslücken zulässt oder sogar bewusst
628 einschleust und hin zu mehr Open Source und Transparenz gehen. Dazu gehört auch,
629 dass der BND und Partner*innen keine Sicherheitslücken bewusst herstellen dürfen
630 um Menschen ausspähen zu können.

631
632 Um die Probleme bei der Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten in den Griff
633 zu bekommen, gibt es keine andere Möglichkeit, als diese sukzessiv abzubauen und
634 stattdessen auf die Zusammenarbeit im Bereich der IT-Infrastruktur zu setzen. So
635 können wir auch die relevante Infrastruktur besser vor Angriffen schützen.

636
637 Langfristig müssen wir jedoch grundlegend hinterfragen, ob ein
638 Auslandsgeheimdienst, insbesondere in Form des BND, notwendig ist. Letztendlich
639 sind die strukturellen Probleme nämlich so groß, dass bei deren Abbau keine
640 Handlungsfelder mehr für den BND übrig bleiben, der BND wird damit obsolet und
641 gehört abgeschafft.

642 643 **Unsere Forderungen an Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Sanitäter*innen**

644
645 Wenn Innenpolitik heißt, Menschen ein Leben frei von Angst zu ermöglichen, wird
646 ein Bereich der Innenpolitik häufig vernachlässigt: Die Versorgung von Menschen
647 in Notfällen und die Prävention, bereits bevor Notfälle passieren können.

648
649 Feuerwehr, THW und Sanitäter*innen sind grundlegende Säulen der öffentlichen
650 Daseinsfürsorge und müssen vor allem in die praktisch-präventive Arbeit noch
651 stärker einbezogen werden. Viel zu häufig werden Dinge wie Brandschutz und
652 Fluchtwege eher als lästiges Übel denn als sinnvolle Präventionsmaßnahme
653 wahrgenommen. Hier muss, auch durch die verstärkte praktische Konsultation
654 dieser Berufsgruppen, ein anderes Bewusstsein geschaffen und ganz praktisch
655 Hilfe angeboten werden.

656
657 Dafür müssen wir diese Strukturen deutlich besser finanzieren und mehr Menschen
658 in diese Berufe bringen. Gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten sind es
659 Strukturen wie die Feuerwehr und Rettungssanitäter*innen, die in ländlichen
660 Räumen immer weiter abgebaut werden und wurden, sodass es in Ernstfällen sehr
661 lange dauern kann, bis Menschen zur Hilfe kommen.

662
663 Bisher wurde dies dann häufig mit dem Konstrukt der freiwilligen Feuerwehr
664 versucht aufzufangen, die an vielen Orten auch einer der letzten sozialen Räume
665 ist. Leider sind diese, wie viele andere Räume auch, besonders anfällig für
666 Diskriminierung und Rassismus. Und deshalb ist es besonders problematisch, dass
667 die Rettung von Menschen Strukturen obliegt, die in besonderer Weise anfällig
668 sind für diskriminierende Haltungen. Daher dürfen wir uns nicht länger auf die
669 Freiwilligen bei der Rettung anderer Menschen verlassen. Hier bedarf es
670 professioneller Strukturen, die im Zweifelsfall auch deutlich einfacher zur
671 Rechenschaft gezogen werden können.

672

673 **Ein Leben ohne Angst vor Behörden!**

674

675 Auch in anderen Bereichen des Alltags, die häufig in innenpolitischen Debatten
676 nicht mitgedacht werden, ist die Frage eines Lebens ohne Angst häufig von
677 strukturellen Problemlagen abhängig. Im alltäglichen Kontakt mit dem Staat, sei
678 es beim Bürger*innenamt, beim Kontakt mit dem Ordnungsamt oder beim Beantragen
679 des Kitagutscheins beim Jugendamt. In all diesen Bereichen muss es
680 selbstverständlich sein, dass die Struktur der Mitarbeitenden die Diversität der
681 Bevölkerung widerspiegelt. Es kann nicht sein, dass ein vermeintlicher
682 Migrationshintergrund dazu führt, dass eine Person vor Behördenbesuchen Angst
683 hat, dass vermeintlich migrantische Betriebe sehr viel häufiger von
684 Durchsuchungen des Ordnungsamtes betroffen sind. Denn auch das ist eine, wenn
685 auch noch seltener als solche wahrgenommene, Form von Racial Profiling! Um dem
686 entgegenzuwirken muss auch in der Ausbildung und Fortbildung von Ordnungsamt-
687 und Behördenmitarbeitenden eine klare Schulung gegen Racial Profiling und
688 anderes diskriminierendes Verhalten wichtiger Bestandteil sein. Darüber hinaus
689 wollen wir explizit für mehr Vielfalt bei der Auswahl der Mitarbeitenden werben
690 und strukturelle Diskriminierungen auch in der Einstellungspraxis abschaffen.

691 **Links und Referenzen**

692

693 Beschlusslage der GJ Niedersachsen zum Verfassungsschutz, beschlossen auf der
694 LMV im April 2018: [https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-
695 der-fehler-liegt-im-system/](https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-der-fehler-liegt-im-system/)

696

697 Beschluss vom 46. Bundeskongress der GJ zu Racial Profiling: [https://gruene-
jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/](https://gruene-
698 jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/)

Begründung

Erfolgt mündlich

V-5 Runter von der Matte, raus aus dem Konzertsaal! - Nazi-Strukturen aufdecken und bekämpfen!

Gremium: Landesvorstand Sachsen, Landesvorstand
Sachsen-Anhalt, Jonas Graeber
Beschlussdatum: 20.03.2019
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein antifaschistischer Verband, als solcher müssen wir
2 immer einen Blick auf aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft, faschistische
3 Tendenzen und die Entwicklungen der radikalen Rechten haben.

4 Mit diesem Antrag sollen einige der aktuellen Entwicklungen in der Nazi-Szene
5 aufgezeigt, sowie mögliche Antworten entworfen werden. Dabei haben wir keinen
6 Anspruch auf Vollständigkeit, dieser Antrag soll aber zur Debatte um aktuelle
7 Entwicklungen beitragen.

8 Kampfsport

9 Immer wieder wird in letzter Zeit von Kampfsportevents innerhalb der Nazi-Szene
10 berichtet, auf denen Nazis in Einzel- oder Gruppenkämpfen gegeneinander kämpfen,
11 vor allem MMA (Mixed Martial Arts) sind hier beliebt.

12 Für die Szene hat dies vor allem vier wesentliche Gründe: Neben der
13 ideologischen Komponente, möglichst starke, "männliche" Mitglieder zu haben sind
14 dies drei strukturell hoch problematische:

15 1. Mit der Anbindung an Kampfsportevents findet eine gefährliche Vermischung von
16 Szenen mit der Kampfsport- und der Hooligan-Szene statt, die es Nazis
17 ermöglicht, ihr Rekrutierungsumfeld zu erweitern.

18 2. Mit diesen Kämpfen und den daraus resultierenden Eintrittsgeldern, den
19 Verkäufen von Merchandise und auch dem Sponsoring von einzelnen Gruppen oder
20 Akteur*innen finanziert sich die Szene in Teilen.

21 3. Durch das Training und das Kämpfen werden Nazis zu trainierten Kämpfer*innen
22 ausgebildet, die auch den "Straßenkampf" gewinnen können sollen. Damit stehen
23 diese Events auch in der Tradition der Wehrsportgruppe Hoffmann und anderer

24 terroristischer Vereinigungen.

25 Unser Umgang damit muss an verschiedenen Ebenen ansetzen, da es verschiedene
26 Hebel gibt, diese Entwicklungen wirksam zu bekämpfen:

27 Ein Hauptgrund, warum diese Events überhaupt so analysiert werden können und wir
28 viel über sie wissen, ist antifaschistische Recherche. Lokale antifaschistische
29 Rechercheinitiativen aber vor allem auch die Initiative "Runter von der Matte"
30 leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir fundiert über Gegenmaßnahmen
31 debattieren können. Ihnen gilt unsere volle Solidarität, insbesondere, da die
32 Arbeit oft auch nicht ungefährlich ist und von den "Sicherheitsbehörden"
33 behindert wird. Mit diesem Antrag stellen wir uns hinter die Ziele der
34 Initiative "Runter von der Matte" (Ziele in die Begründung) und erklären uns mit
35 den Aktivist*innen solidarisch.

36 Auf gesetzgeberischer Ebene kann an verschiedenen Stellen gegen diese
37 Entwicklungen vorgegangen werden. Wir fordern folgende Änderungen auf Landes-
38 und Bundesebene:

39 Das Verbot sogenannter Team-Fights, bei denen Gruppen auf besonders martialische
40 Art gegeneinander kämpfen und die besonders dazu geeignet sind, den
41 "Straßenkampf" zu simulieren.

42 Die Kopplung der staatlichen Förderung von Sportvereinen im Kampfsportbereich an
43 die Präsenz von antidiskriminierenden und demokratischen Modulen und
44 Lehrinhalten

45 Das Verbot von faschistischen und rassistischen Symbolen auf und neben der Matte
46 sowie die Möglichkeit, Events abubrechen oder Akteur*innen auszuschließen, wenn
47 gegen dieses Verbot verstoßen wird.

48 Gerade im Kampfsport muss auch darüber nachgedacht werden, wie Vereinsverbote
49 gegen rassistisch und diskriminierend organisierte Vereine durchgesetzt werden
50 können.

51 Außerdem muss von staatlicher Seite aus mit Best Practice-Modellen sowohl im
52 Vereinsbereich, als auch im Bereich der Security-Firmen gearbeitet werden.
53 Sowohl Vereine als auch Security-Firmen dürfen nur in Fällen demokratischen
54 Engagements Partner*innen staatlicher Institutionen sein.

55 Darüber hinaus müssen wir uns aber auch fragen, wie wir mit einer "Aufrüstung"
56 der Nazi-Szene auf der Straße umgehen wollen. Die martialische Aufmachung und
57 Handlungsweisen sollen Gegner*innen bewusst weg halten und sind in besonderer
58 Weise eine Gefahr für diskriminierte Gruppen wie auch für Antifaschist*innen.

59 Für uns gilt in jedem Fall der Grundsatz, dass Antifa immer heißt, zusammen zu
60 stehen und allen Menschen im Umfeld zu helfen. Wir erwarten aber auch von
61 Polizei und "Sicherheitsbehörden", dass der Fokus endlich weg von
62 antifaschistischen Aktivist*innen geht und sich auf die tatsächliche Gefahr
63 richtet, auch im eigenen Sinne der Polizei, die auf Grund des mangelnden Fokus
64 und der mangelnden Vorbereitung an einigen Stellen nicht in der Lage war,
65 wirksam gegen diese Nazis vorzugehen.

66 Konzerte

67 Im Jahr 2017 fanden 298 rechte Musikveranstaltungen statt, der Großteil davon in
68 Thüringen und Sachsen. Eines der bekanntesten, aufgrund großer medialer
69 Aufmerksamkeit, ist das Rechts-Rock Festival „Tag der nationalen Bewegung“ in
70 Themar, Thüringen. 2017 waren rund 6000 Neo-Nazis angereist. Auch dieses Jahr
71 wird sich die rechte Szene am ersten Juli-Wochenende zusammenfinden um Bands wie
72 „Übermensch“, „Killuminati“ und „Sturmwehr ..“ zu hören, aber eben auch um sich
73 in der Szene zu vernetzen und um Einnahmen zu generieren. Zwar wird auf der
74 Website des Festivals darauf hingewiesen das die Einnahmen zur Kostendeckung
75 verwendet werden, laut Recherchen der Recherche-Plattform „Thüringen
76 rechtsaußen“ beläuft sich der Gewinn der Veranstaltung im Jahr 2017 auf etwa
77 100.000 - 200.000 Euro, je nachdem wie hoch die Kosten für Technik, Helfer*innen
78 und Gagen waren. Rechtsrock ist ein lukratives Geschäft. Von den Geldern werden
79 wiederrum rechte Strukturen gestärkt in dem z.B Immobilien erworben werden.

80 Der Staat und zivilgesellschaftliche Initiativen sind dagegen weitgehend
81 machtlos, da die Rechten sich eine eigene Infrastruktur aufgebaut haben. Vom
82 Konzertgelände bis zum Catering können die Nazis für fast alles allein sorgen,
83 denn die ganzen Veranstaltungen fallen unter das Versammlungsrecht und zählen
84 nicht als kommerzielle Veranstaltung.

85 Wir fordern ein härteres Vorgehen gegen diese Konzerte von den zuständigen
86 Landesregierungen, denn anstatt ein Konzertverbot zu erwirken, weil angeblich
87 Geschützte Vogelarten dort brüten, sollen diese Konzerte aufgrund dessen verboten
88 was sie sind: eine Ansammlung von antidemokratischen Kräften, die die rechte
89 Szene stärken und so ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Da
90 sich die "Festivals" oft als Reihe darstellen, fällt hier auch der Beweis nicht
91 schwer.

92 Wir fordern Auftrittsverbote von Bands, die bereits in der Vergangenheit massiv
93 mit rechten Texten aufgefallen sind.

94 Wir fordern ein härteres Durchgreifen der Polizei bei Konzertbesucher*innen,
95 wenn diese mit Symboliken auftreten, die auf dem Index stehen.

96 Aber auch auf anderen Musikveranstaltungen die sich als unpolitisch verstehen,
97 sind immer wieder rechte Bands in den Line-Up's zu finden. Bands wie „Letzte
98 Instanz“ sind immer noch auf vielen größeren Festivals in Deutschland zu sehen.
99 Oft sehen die Veranstalter*innen dieser Festivals nicht die Problematik die in
100 Zusammenhang mit diesen Bands steht, oder wissen es einfach nicht. Deshalb
101 fordern wir in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlicher
102 Seite sowie Initiativen mit den Veranstalter*innen um Aufklärungsarbeit zu
103 leisten und um rechten Bands keine Bühne mehr in der breiten Gesellschaft zu
104 geben.

105 In Bezug auf rechte Konzerte ist noch ein anderes Problem relevant, dessen sich
106 deutsche Behörden oft völlig unbewusst sind, das Auftreten von Bands und
107 Sänger*innen aus anderen Ländern, die in ihrer Community gerade auf Grund ihres
108 faschistischen Gedankenguts hohen Stellenwert haben, prominentestes Beispiel ist
109 wohl der kroatische Sänger mit dem Künstlernamen "Thompson". Hier ist eine
110 umfassende Sensibilisierung aller Behörden notwendig, da oft überhaupt nicht
111 verstanden wird, worum es geht. Im zweiten Schritt gelten dann die gleichen
112 Forderungen wie auch für germano-faschistische Bands.

Begründung

erfolgt mündlich

V-6 For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Gremium: Grüne Jugend Kassel (Sprecher*innen: Julia Teresa Höhl, Thomas Volmer), Grüne Jugend Schwalm-Eder (Sprecher*innen: Christoph Sippel, Ines Hamann)

Beschlussdatum: 21.03.2019

Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Schon seit Sommer 2018 geht die Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg
2 während ihrer Schulzeit auf die Straße, um für eine nachhaltige Klima- und
3 Umweltpolitik zu demonstrieren. Mittlerweile handelt es sich bei der davon
4 ausgehenden Bewegung *Fridays for Future* um ein weltweites Bündnis unserer
5 Generation.

6 Seit Anfang 2019 gehen auch in ganz Deutschland Woche für Woche Schüler*innen
7 auf die Straße, um für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Dass sich
8 die Jugend auf der ganzen Welt mit Greta solidarisiert und ihren Protest überall
9 seh- und hörbar macht, zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Jugendlichen auf
10 der ganzen Welt ist. Eine Generation, die so oft als politikverdrossen betitelt
11 wurde, macht deutlich, wie stark sie sein kann, wenn sie mit einer Stimme
12 spricht.

13 **Die GRÜNE JUGEND unterstützt die Forderungen der *Fridays for Future* - Bewegung**
14 **nach konsequentem Klimaschutz**, insbesondere die für uns nicht verhandelbare
15 Forderung nach einem schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ein Ausstieg
16 im Jahr 2038 ist für uns und für die Erde nicht hinnehmbar. Wenn die auf der
17 Klimakonferenz in Paris vereinbarten Klimaziele eingehalten werden sollen,
18 müssen wir jetzt handeln und bis spätestens 2030 europaweit aus der Kohle
19 ausgestiegen sein. Für uns ist klar: Wir lassen uns unsere Zukunft nicht nehmen,
20 nur weil Teile unserer Elterngeneration nicht den Mut haben, die notwendigen
21 Schritte zu gehen. Die selbsternannten Profis haben lange genug gezeigt, dass
22 sie bei der Reduzierung der Treibhausgase und der Eindämmung des Klimawandels
23 viel eher Amateur*innen sind.

24 **Ausdrücklich unterstützen wir auch die Demonstrationen zur Schulzeit.** Die
25 Ereignisse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass gerade diese Form des

26 Protestes die so dringend nötige Aufmerksamkeit für das Thema erregt. Fridays
27 for Future beweist: Ja - die Jugend ist politisch und ja - sie setzt sich für
28 eine bessere Zukunft ein. Die Behauptung, dass Demonstrationen außerhalb der
29 Schulzeit wirkungsvoller seien, ist zumeist nur aus der Ecke zu hören, die den
30 Klimaschutz bisher vollkommen vernachlässigt hat. Die bisherige Klimapolitik hat
31 sich zu sehr auf das Heute als auf das Morgen fokussiert. Wir solidarisieren uns
32 mit allen Demonstrant*innen der Bewegung, die sich deshalb zu Demonstrationen
33 gezwungen sehen - insbesondere mit denjenigen, die Repressionen aufgrund ihres
34 Engagements erfahren. Drohungen, wie sie von konservativen Politiker*innen in
35 letzter Zeit häufig zu hören sind, stellen wir uns gemeinsam entgegen. Greta
36 Thunberg formulierte es treffend: **"Warum sollte ich für eine Zukunft lernen, die
37 bald nicht mehr möglich ist, wenn niemand etwas unternimmt, um diese Zukunft zu
38 retten? [...] Wir müssen handeln, und zwar jetzt!"**

39 Das Engagement der Bewegung *Fridays for Future* zeigt, dass es beim Klimaschutz
40 um viel mehr geht als nur eine hohle Phrase. Aus diesem Grund fordert die GRÜNE
41 JUGEND neben dem europäischen Kohleausstieg 2030 auch ein Ende der
42 Massentierhaltung und eine Umstellung der klimavernachlässigenden
43 Agrarsubventionen. Im Verkehrsbereich braucht es eine strikte Reduzierung von
44 Abgasemissionen und einen stärkeren Ausbau des ÖPNVs und der Bahn, damit die
45 notwendige Verkehrswende gelingen kann. Wir fordern des Weiteren, dass Kerosin
46 wie jeder andere Treibstoff besteuert wird, um diese verdeckte Subvention zu
47 beenden.

48 **Es kann nicht mehr so weiter gehen, denn es geht um unsere Zukunft!** Daher rufen
49 wir alle Schüler*innen auf, sich weiterhin an den *Fridays for Future*-
50 Demonstrationen zu beteiligen.

Begründung

erfolgt mündlich.

V-7 Ticketwucher stoppen

Gremium: KV Gießen (Sprecher*innen: Fabian Miold-Stroh, Sophie Müller)
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge
Status: Zurückgezogen

- 1 Die Grüne Jugend fordert eine Überprüfung der aktuellen Rechtslage bezüglich des
- 2 Zweitmarkts von Tickets für kulturelle und sportliche Veranstaltungen. Ziel ist
- 3 die Eindämmung von Ticketverkäufen über dem Originalpreis.

Begründung

Es gibt keinen vernünftigen Grund ein Ticket, das man nicht länger braucht, über dem Einkaufspreis zu verkaufen, außer aus berechnetem persönlichem Gewinninteresse. Die Praxis des Ticketzweithandels hemmt gesellschaftliche Teilhabe durch astronomische Preise und verschiebt Gewinne zulasten von Veranstaltern&Künstlern hin zu professionellen Zweithändlern. Dieser pseudoprivate Handel stellt zudem eine einfache Gelegenheit dar am Fiskus vorbei enorme Gewinne zu erzeugen.

Tickets sind aufgrund ihrer begrenzten Anzahl und pauschalem Eintrittspreis nicht uneingeschränkt zum freien Handel geeignet. Aktuell begegnen viele Veranstalter dieser Praxis durch Personalisierung der Tickets, für deren Kosten sie selbst aufkommen müssen.

V-8 Demokratie braucht Gemeinnützigkeit - für eine kritische Zivilgesellschaft!

Antragsteller*in: Anton Jaekel, Totti Schöningh

Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Seit mehreren Jahren werden die Räume zivilgesellschaftlichen Handelns
2 weltweit massiv eingeschränkt. Dies äußert sich nicht nur in Formen harter
3 Repression, wie der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen oder der
4 Ermordung von Aktivist*innen. Auch in Bezug auf formal organisierte Formen
5 zivilgesellschaftlichen Handelns lassen sich Elemente subtilerer Repression
6 beobachten, die gezielt Handlungsräume einschränken. So werden NGOs in diversen
7 autokratischen Staaten gezielt von Finanzflüssen abgeschnitten, wodurch ihre
8 Arbeit eingeschränkt wird. Ein anderes Beispiel zeigt sich in Russland. Infolge
9 entsprechender Gesetze mussten sich viele NGOs als "ausländische Agent*innen"
10 registrieren lassen. Letztlich wird versucht progressives, demokratisches und
11 emanzipatorisches Potential zivilgesellschaftlicher Gruppen einzuschränken, um
12 autoritäre Herrschaft zu stabilisieren.

13 Es ist ein Fehler, derartige Einschränkungen der Zivilgesellschaft nur in
14 Autokratien zu vermuten. Auch in demokratischen Staaten wird zunehmend versucht,
15 Zivilgesellschaft zu verdrängen. Zwar gibt es auch rechte Gruppen in der
16 Zivilgesellschaft - das *Heartland Institute*, oder auch der *Deutsche Jugendbund*
17 seien hier als Beispiele genannt. Doch letztlich treffen diese Maßnahmen in der
18 Regel Gruppen, die sich für ein gerechteres und freieres Leben für alle
19 einsetzen. Die Artikulation von Meinungen, Auseinandersetzungen und Konflikte
20 um diese sowie ihre Aushandlung sind zentrale Elemente einer Demokratie. Darüber
21 hinaus fungieren viele Nichtregierungsorganisationen durch die Mobilisierung
22 öffentlicher Meinung als Ausgleich gegenüber dem Lobbyismus vieler industrieller
23 Vertreter*innen. Für die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen
24 sind Ressourcen entscheidend. In Deutschland ist für viele Gruppen ihre
25 Gemeinnützigkeit von großer Bedeutung, da sie dadurch unter anderem, von der
26 Steuer absetzbare, Spendenbescheinigungen ausstellen können oder Steuervorteile
27 genießen und so einen größeren finanziellen Spielraum erhalten. Außerdem
28 verleiht der Titel der Gemeinnützigkeit in den Augen vieler potenzieller
29 Spender*innen der betreffenden Organisation Vertrauenswürdigkeit, wird dadurch
30 also gesellschaftlich anerkannt.

31 Der Angriff auf die Gemeinnützigkeit greift Fundamente demokratischen Handelns
32 an und spielt der politischen Rechten in die Hände. In diesem Zusammenhang

33 verurteilt die GRÜNE JUGEND den Parteitagsbeschluss der CDU, der *Deutschen*
34 *Umwelthilfe* ihre Gemeinnützigkeit aberkennen zu wollen.

35 Darüber hinaus urteilte der Bundesfinanzhof kürzlich, dass die "Beeinflussung
36 von öffentlicher Meinung und politischer Willensbildung nicht als Bildungsarbeit
37 oder Förderung des demokratischen Staatswesens im Sinne der Gemeinnützigkeit
38 gewertet werden darf". Auf Grundlage dieses Urteils wurde *Attac* endgültig die
39 Gemeinnützigkeit entzogen. *Campact* geht davon aus, dass es ihnen bald gleich
40 ergehen wird und stellt daher keine Spendenbescheinigungen mehr aus. Zur Zeit
41 ist unklar, inwiefern andere Organisationen davon betroffen sein werden.

42 Die bisherigen Elemente der Liste von als gemeinnützig anerkannten Aktivitäten
43 stammt größtenteils aus den 1970er Jahren und ist nicht mehr auf der Höhe der
44 Zeit. Darüber hinaus scheint die Anerkennung von Gemeinnützigkeit oftmals
45 willkürlich zu erfolgen, da die Finanzämter überlastet sind. Es muss
46 sichergestellt werden, dass Verbände wie *Campact* und *Attac* Rechtssicherheit
47 erhalten und ihr Engagement fortsetzen sowie langfristig planen können.
48 Dementsprechend fordern wir als GRÜNE JUGEND:

- 49 • eine Ausweitung der Abgabenordnung des Gemeinnützigkeitsrechts auf
50 weitere Elemente, wie den Einsatz für Grundrechte, Menschenrechte,
51 Gleichstellung aller Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz,
52 Datenschutz. Langfristig sollten gemeinnützige Tätigkeiten nicht über eine
53 Liste mit Themen, sondern vielmehr über wertorientierte Zielsetzungen
54 definiert werden, wie Emanzipation, Empowerment, gesamtgesellschaftliche
55 Solidarität, Erhaltung ökologischer Lebensgrundlagen.

- 56 • Politische Äußerungen, auch zu tagesaktuellen Themen, müssen immer auch
57 mit dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit vereinbar sein. In Zeiten des
58 Rechtsrucks ist es wichtig, kritische Zivilgesellschaft zu stärken.

- 59 • Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Gruppen, die durch ihren
60 Einsatz oder das durch sie vertretene Gedankengut demokratische Grundwerte
61 in menschenverachtender Weise konterkarieren, keine Anerkennung der
62 Gemeinnützigkeit erhalten. Vor diesem Hintergrund fordern wir die
63 Schaffung einer Bundesbehörde, die mit den notwendigen Ressourcen
64 ausgestattet ist und Prüfmechanismen nutzt, welche die Einhaltung der oben
65 beschriebenen Regelungen prüfen können.

66 Die Bundesmitgliederversammlung beauftragt den Bundesvorstand, im Rahmen
67 vorhandener Kapazitäten, mit der kritischen Begleitung eines möglichen
68 Gesetzgebungsprozesses auf Grundlage unserer Forderungen sowie der Unterstützung
69 von und Zusammenarbeit mit Bündnissen, die sich inhaltlich für ähnliche Reformen
70 einsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich. Wir freuen über Änderungsanträge.